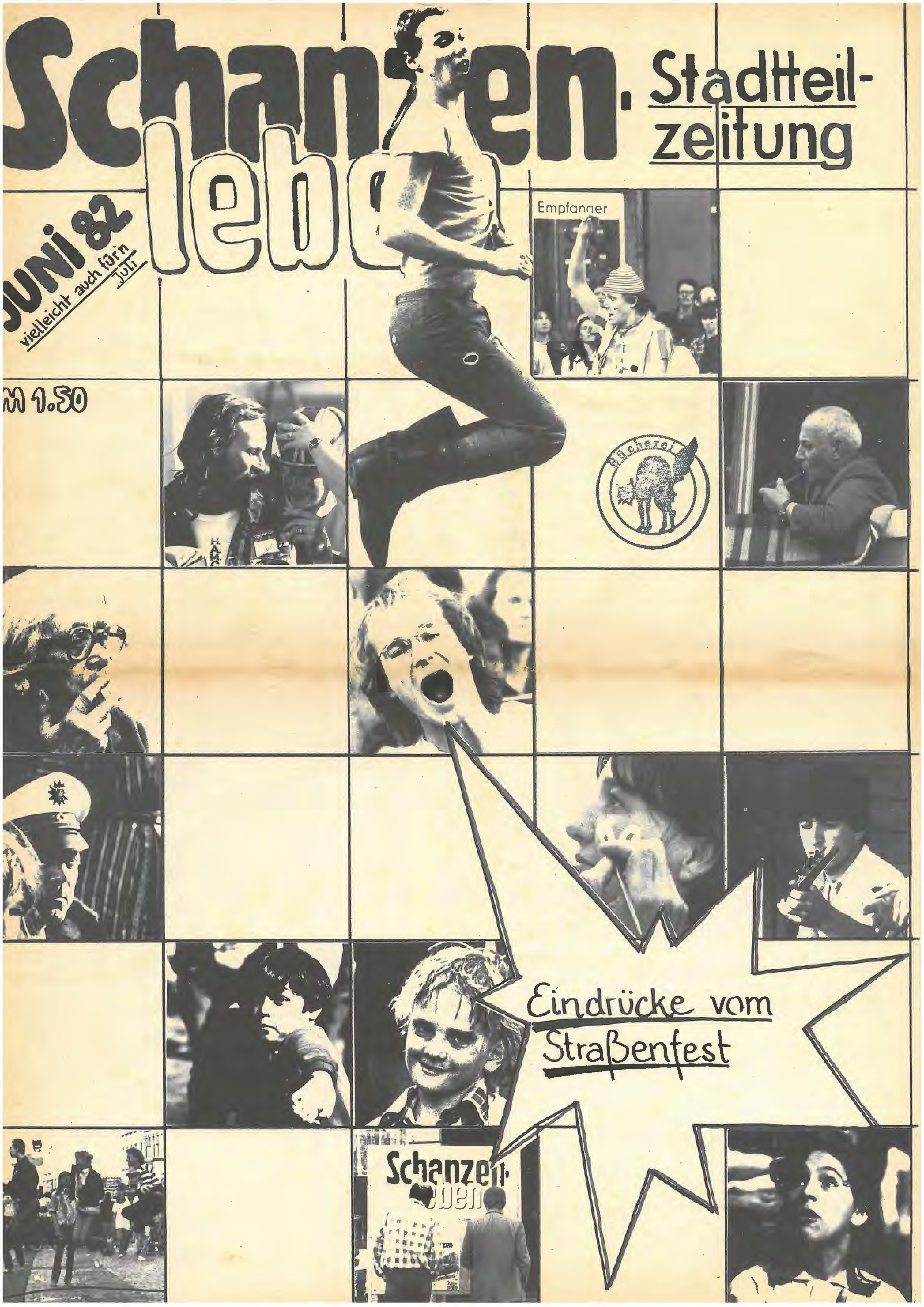

Schanzen.leben
Stadtteil-
zeitung
JUNI 82
vielleicht auch für'n Juli
DM 1.50
Empfänger
Bücherei
Eindrücke vom
Straßenfest
Schanzen-
leben

Stadtteilkulturladen Margarethenkneipe

LIEBE NACHBARN

Seit februar dieses Jahres betreibt der Kulturverein den "Stadtteilkulturladeden Magarettenkneipe" in der Magarettenstr. 33. Nach den langwierigen und aufreibenden Renovierungsarbeiten, die als Vorausetzung zur Eröffnung notwendig waren, möchten wir uns jetzt wieder mehr dem inhaltlichen Teil der Stadtteilkulturarbeit zuwenden.- Wir glauben, daß es in unserer Nachbarschaft eine Menge Leute gibt, die sich mittels irgendeines Mediums ausdrücken - sei es durch Photographie (Urlaubsphotos, Familienphotos, Stadtteilphotos, Arbeitsleben); sei es durch Video, oder durch das Drehen von Super-8-Filmen. Im Stadtteilkulturladen haben wir einen Platz, an dem wir all diese Produkte unseres eigenen Lebens in einem Rahmen zeigen können, der zwar den des privaten Kreises persönlicher Freunde sprengt, aber doch nicht so öffentlich ist, daß die Sache unpersönlich wird. In diesem Sinne möchten wir ab Donnerstag, den 27.5. einen regelmäßigen Termin für Super-8-Filme einrichten. Später werden wir auch noch Video und Photographie ins Programm aufnehmen. Also: Jeder der gerne Super-8-Filme macht, sie machen möchte, welche hat oder gerne welche anschaut, kann ab dann an jedem Donnerstag von ca. 20 Uhr bis 23 Uhr seine Filme zeigen oder Filme von anderen Leuten anangucken. Vielleicht treffen Sie Leute aus ihrer Nachbarschaft, die ähnliche Interessen haben wie Sie und mit denen Sie Erfahrungen austauschen können. Wir hoffen auf rege Beteiligung -

Machen wir unser eigenes Kino!

Unser vorläufiges Programm:

Montag: 15.00-18.00 Kindergruppe
18.00 Kulturvereinssitzung
19.30 Theatergruppe

Dienstag: Bürgerinitiative Haferkamp - Alle 14 Tage

Mittwoch: 17.00 Textilgruppe
19.oo Theatergruppe

Donnerstag: 15.00-18.00 Kindergruppe
20.00 Super-8-Filme von aus dem Viertel

Freitag- 16.30 arbeitslose Frauen alle 14 Tage

Samstag: 1mal monatlich Verband Alleinerziehender Schanzenviertel allgemeine Arbeiten im (am) Kulturladen (Ausbau Dunkelkammer, Saubermachen, Renovierung, Aufräumen, Garten etc.)
14.00 Druckgruppe

Sonntag: Nachbarschaftkaffee

Kneipe geöffnet täglich außer Montag von 15.00 - 24.00

Unregelmäßige Termine: Gartengruppe, Fotogruppe, Super-8-Gruppe, Video-Gruppe

Hell's Angels im Stadtteil

Seit Jahren haben die Angles in der Schanzenstarße ihre Kneipe (Angel's place) und es gab höchst selten Schwierigkeiten mit ihnen. In letzter Zeit sind ein paar " Reibungspunkte" entstanden:
auf der einen Seite stehen die Initiativen, die politisch gegen die Verkneipung - speziell am Pferdemarkt - arbeiten, auf der anderen Seite sind die Angels, die zur kneipenszene gehören und eigene Interessen an Großkneipen haben. Klar, daß wir da aneinander geraten
Was ist bisher passiert?

Die Protest-aktion im Rockbomber (z. B. gips im Klo) und die Ankündigung einer lebhaften Walpurgisnacht-Demo durch's Schanzenviertel führten zur Aufstellung einer Schlägertruppe, der sich die Pferdemarkt-Kneipiers anvertrauten.
Am 30.4. saßen im Pickenpack einigen aufgerüstete Angels, obwohl schon die Scheiben mit Holz gesichert waren. Einige Leute schätzten die Situation so ein, daß die Frauen auf jeden Fall angegriffen worden wären, egal ob sie Randale gemacht hätten oder nicht.
Ein paar Tage später kamen zwei Vertreter derdr Angels zum Initiativentreffen, erklärten kurz, daß sie " ja auch leben müssen " und derzeit ihren " Prozeß bezahlen müssen" (die Sylt-Geschichte), deswegen hätten sie " finanzielles Interesse" am Pickenpack. Welcher Art dieses Interesse nun eigentlich ist, wurde nicht näher beschrieben.
Ansonsten meinten sie, daß sie nichts gegen unsere Kneipenpoltik hätten, sie wären auch gegen Pee-shows. Nur für solche Aktionen wie Gips im Klo hätten sie kein Verständnis. Sie forderten damit indirekt von uns die Zusage, daß sowas nicht mehr passiert. Klar und eindeutig konnten wir uns dazu nicht äußern, da unsere Strukturen - im Gegensatz zu manchen anderen - inrgenwelche Orders von der Führungsspitze, die für die "Basis" verbindlich sind, nicht zulassen.
Am 15. Mai, beim Straßenfest, zeigten die Angels, was wir von ihrer Glaubwürdigkeit zu halten haben.: sie gingen zum Stand der Sanierungsgruppe und sackten die Plakate ein (" Wir wollen leben"). Die Sache verlief friedlich, einer redete mir den Angels und erneut ausgelegte Plakate wurden nicht wieder einkassiert.
Nachdem das Straßenfest beendet war, gingen die Angels, angesoffen und in voller Besetzung, zum Zartbitter und sorgten dort für " Stimmung". Die Kneipe war brechend voll, doch im Interesse der eigenen Gesundheit mußten die Zartbitterwirte einen Tisch für die Angels räumen. Frauen wurden angemacht und geschlagen, es wurde die ganze Zeit auf Kosten des Hauses gesoffen und etwa 120 Leute verließen fluchtartig die Kneipe.
Bei Afzählung dieser kleinen und gemeinen Vorfälle wird ein Aspekt deutlich: zwischen Kneipenkapital und Angels hat eine Interessenverflechtung stattgefunden, die schon ein gemeinsames " Aktionsbündnis" zuläßt wie z. B. das gemeinsame Aufstellen einer Schlägertruppe zur Walpurgisnacht, Unklar ist bisher, welche Gründe die Angels für ihr z. T. widersprüchliches Verhalten haben: einerseits schützen sie die Kneipen, andererseits greifen sie sie an.
Es ist verdammt wichtig, daß wir anfangen, über diese Entwicklung zu diskutieren und dadurch vielleicht auch ein paar Zusammenhänge erkennen, die noch nicht klar sind. Am brennendsten ist wohl die Frage, wie wir langfristig mit sich entwickenlden Kneipen-Mafia politisch umgehen.
Die Redaktion

Ausländerhetze Stopp - Stopp HLA !



Synagoge in Düsseldorf, 1933

Ausländerhetze Stopp – Stopp HLA

Am Wochenende 22./23.5. wurden auch in unserem Viertel Flugblätter der HLA/NPD (Hamburger Liste Ausländerstopp)verteilt. Roter Untergrund (braun wäre sicher angebrachter), eine Frau mit 3 Kindern, dazu der Text: Ausländer Stopp...damit wir eine Zukunft haben.
Mich hat dieses Flugblatt wahnsinnig wütend gemacht.
Ich lebe schon seit einigen Jahren in diesem Viertel, mit Ausländern.
Meine Kinder gehen hier zur Schule und haben auslänische Freunde, die uns auch besuchen. Die Angst vieler Eltern, daß ihre der durch hohen Ausländeranteil in den Klassen, in ihren schulischen Möglichkeiten behindert werden, kann ich aus meiner Erfahrung wirklich nicht zustimmen.
Ich habe nicht das Gefühl, daß meine ausländischen Nachbarn meine Zukunft gefährden, **ABER ICH BEZWEIFEL, DAß ICH IN EINER STADT (ODER LAND) IN DER SICH HLA–MITGLIEDER UND IHRE UNTERSTÜTZER DURCHSETZEN KÖNNEN,EINE ZUKUNFT HABEN DE, ODER ÜBERHAUPT EINE ZUKUNFT HABEN WILL!!**
Das Bild in diesem Schweineflugblatt hat mich vorallem als Frau und Mutter getroffen. Es zeigt den Prototyp von Frau, wie er im Naziregime gern als Vorbild gezeigt wurde. Vieleicht vergibt die HLA ja bald wieder Mutterverdienstkreuze.
Mit solchen Leuten will ich nichts zu tun haben. Nicht im Viertel und auch nicht anderswo.
Ich denke, daß unsere ausländischen Mitbürger im Viertel, sich durch diese massive Hetze noch isolierter fühlen. Zeigen wir ihnen unsere Solidarität.
– Ich glaube, daß die meißten Schanzenlebenleser sowieso meiner Meinung sind, aber ich glaube auch, daß einige unserer Gegner gerne Schanzenleben lesen. Genau für die habe ich mir Luft gemacht.

HEIL HLA – NEIN DANKE!!!

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Peter Gerken
Fettstraße 19 a
2 Hamburg 6

Druck : Hein & Co.

Auflage : 800

Erscheint: monatlich

Redaktionsschluß für Juli ist der 23.6. 1982



für Frauen im Schanzenviertel

Seit zwei Jahren zeigen wir im Schanzenviertel einmal im Monat Frauenfilme. Die finanzielle Möglichkeit hat uns seinerzeit die Volkshochschule gegeben. Wir wollten und wollen damit den Frauen aus verschiedenen Frauengruppen und aus anderen Initiativen die Möglichkeit zu Kontakt geben und auch " unorganisierte" Frauen ansprechen (natürlich sind auch Frauen willkommen, die nicht im Schnazenviertel leben oder arbeiten).
Die Filme haben wir nach unseren eigenen Interesse ausgesucht oder danach, was gerade aktuell war. Themen waren z. B. Beziehungen, Älterwerden, Prostitution. Jetzt haben wir kein Geld mehr, d. h. die Volkshochschule zahle nicht mehr. Trotzdem wollen wir weitermachen. Zunächst werden wir Videofilme vom Frauenfilmladen Bildwechsel zeigen. Auch hierfür müssen wir Geld bezahlen: wir müssen deshalv ab jetzt einen Unkostenbeitrag nehmen. Wir werden versuchen, wieder eine Geldquelle aufzutun, weil wir eigentlich lieber 16 mm-Filme zeigen möchten und überhaupt: es ist auch so ganz schön teuer für uns.
Kommt jeden dritten Donnerstag im Monat um 20 Uhr ins Kinder- und Stadtteilzentrum in der Bartelsstraße 7 ! (Sobald das Frauenkultur-Zentrum einen Laden gefunden hat, ziehen wir dorthin um). Welche Filme wir zeigen, könnt ihr im Schanzenleben lesen, wenn wir nicht den Redaktionsschluß verpennen; außerdem auf Flugblättern, die wir im Viertel verteilen.
Am 24. Juni 1982 (ausnahmsweise der 4. Donnerstag) zeigen wir Hexen von Lucia Francia. (TV 1980). Dieser Spielfilm beruht authentischen Material und historischen Daten und Fakten. Er spielt während des 30-jährigen Krieges und zeigt die Hexenverfolgung im 17. Jahrhundert.

Geka Tel. 39 00 416
Anke Tel. 43 44 30

Am 8. Juli zeigen wir die Multi-Media-Show "In the beginning of the end" als 16-mm-Film

Noch immer kein Frauenkultur-Zentrum ?!

Seit zwei Monaten suchen wir einen Laden, der groß genug und nicht zu teuer ist, um endlich mit unserem Projekt loslegen zu können. Einige Läden haben wir uns bereits angesehen, aber aus vielerlei Gründen hat es bisher immer nicht geklappt.
Unabhängig von festen Räumen wollten wir aber das Treffen von aktiven Schanzenfrauen aufrecht erhalten. Leider kommen immer weniger Frauen, die sich z. B. um einen Laden bemühen und sich den damit verbundenen Frust reinziehen, was manchmal etwas enttäuschend ist.
Es wäre schon toll, wenn aus jeder Frauengruppe, die im Schanzenviertel arbeitet, 1-2 Frauen zum Plenumstreffen kommen könnten. Dadurch wäre ein Informationsfluß gegeben und außerdem könnten wir uns besser kennenlernen, was auch Voraussetzung ist für die gemeinsame Arbeit im Zentrum.
Ich möchte auch mal im größeren Kreise r viedene Vorstellungen und Ideen für das Zentrum reden (Einrichtung, Programm, Zusammenarbeit etc.)
Der nächste Termin ist am 14.6.82, 20 Uhr in der Schanzenstr. 27 (neben dem Hutladen) bei Karin.
Ansonsten fehlen noch massig Frauen in unserem Verein: um die demnächst den Kosten aufbringen zu können, brauchen wir noch jede Menge Mitgliederinnen. (Siehe Beitrittserklärung).
Bitte verlaßt euch nicht darauf, daß einige Aktivistinnen euch ein Zentrum schaffen werden, sondern werdet selbst aktiv und zeigt euer Interesse auch in der Form, daß ihr zum Treffen kommt, o. K. ?

Petra

Frauenkultur-Zentrum im Schanzenviertel

B E I T R I T T S E R K L Ä R U N G

Hiermit trete ich dem Verein "Frauenkultur-Zentrum im Schanzenviertel" bei.

Name ....

Anschrift ....

Höhe des monatl. Beitrages (mind. DM 5,-) ....

Datum .... Unterschrift ....

Kampf gegen Verkiezung -
Ein moralistischer Kreuzzug ?

Unser Widerstand gegen die Verlagerung

Unser Widerstand gegen die Verlagerung des Kiez ins Schanzenviertel wurde von einigen Leuten als kleinkarierter Moralistenkrieg interpretiert. Begründung: in unserem Aufruf stand die Forderung " keine Bordelle und kein Straßenstrich im Schanzenviertel". Auf der Veranstaltung am 22.3. weigerten sich einige Frauen , diese Forderung zu unterstützen, erklärten sich solidarisch mit den Prostituierten und es entstand der Eindruck, daß wir im Schanzenviertel Arbeitsplätze für Prostituierte schaffen sollen und daß sich unser Kampf ausschließlich gegen die Zuhälter richten darf.
Gegen Prostitution sein heißt nicht, Prostituierte zu diskriminieren. Aber Prostitution als den Inbegriff selbstständiger und gutbezahlter Frauenarbeit zu sehen, ist zu kurz gedacht.



Abgesehen davon, daß die Zuhälter- und Macker-szene hier - wie auch anderswo- unerwünscht ist, gibt es für mich zum Thema Prostitution. einige Widersprüche: lange hat sich die Theorie gehalten, daß größtenteils Frauen aus der Unterschicht, die in materiellen Schwierigkeiten stecken, mangels lukrativer Alternative zur Prostituierten werden. Bei neueren Untersuchungen kristallisiert sich ein anderes Ergebnis heraus: Frauen aus der 'Mittelschicht' bilden einen Anteil von 60%. Diese Frauen haben oft eine abgeschlossene Ausbildung und studieren noch. Sie werden nicht aus Geldnot zur Prostituierten, sondern - nach eigenen Angaben - sie möchten selbstständig und unabhängig sein. In keinem andere n Job ist für Frauen so schnell soviel Geld zu verdienen wie in diesem. Aber in keinem anderen Job ist das Aussteigen und Aufhören so schwer.
Oft werden Frauen Alkohol- und Drogenabhängig, weil sie die psychischen und physischen Belastungen nur mit Dröhnung aushalten können. Viele weren durch die Diskriminierung zur Isolation im ' Milieu' gezwungen, soziale Bindungen sind mit der Zeit nur noch zu anderen Prostituierten oder zu Zuhältern da. Außerdem ist nach Jahren der Prostitution die Umstellung auf einen ' normalen' Job mit ziemlich viel ' Nerv' verbunden: plötzlich ist da wieder ein Chef, ein reglementierender 8-Stunden-Tag muß eingehalten werden, und die Bezahlung ist weitaus mieser.

Zwar lösen sich zunehmend Frauen aus der Abhängigkeit von Zuhältern, dafür ertragen sie ihre 'freie und selbstbestimmte' Arbeit nur mittels Droge...Das ist keine Autonomie...
Bei der Prostitution wird die Ware Sexualität verkauft. Wie ist es möglich, daß Frauen sich einerseits über die Vermarktung weiblicher Körper aufregen und andererseits in der Prostitution nichts weiter als die Möglichkeit, Kohle zu scheffeln und Männer auszunehmen, sehen?
Frauen, die ihren Körper verkaufen, verkaufen gleichzeitig Macht. Männer zahlen und können über das erworbene Objekt verfügen. Prostituierte der gehobenen Preisklasse könnten Bücher darüber schreiben, was sie sich von den Typen alles bieten lassen bzw. was im Preis alles inbegriffen ist: Stundenlang ihre Probleme anhören zu müssen, unbezahlte Sozialarbeit zu leisten, hundert verschiedene Rollen drauf zu haben und - vor allen Dingen- die eigene Meinung für sich zu behalten.
Jeder frustierte Typ kann losgehen und sich ein Objekt kaufen, dem er seine Macht demonstriert. Das diese Kompensationsmöglichkeit Männer ruhig hält und ihnen die Bückelei am Arbeitsplatz erleichtert, braucht wohl nicht erklärt zu werden.
Wenn wir Prostitution als Reproduktionsarbeit begreifen, die das patriarchalisch-kapitalistische System absichert und als nichts anderes, so müssen wir ihre Abschaffung und auch die des ganzen Systems durc setzen.



Andererseits will ich die Frauen treffen, die als Prostituierte arbeiten. Seit Jahrhunderten haben Männer dafür gesorgt, daß der Spaltpilz wuchert, zwischen ' ehrbaren' Frauen, die sich auf andere Weise verkaufen und zwischen Prostituierten. Diese Spaltung müssen wir überwinden, um dann gemeinsam gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Vergewaltigung von Frauen zu kämpfen.
Ich würde es gut finden, wenn sich Kiez-Frauen selbst mal dazu äußern, wie sie die Entwicklung im Schanzenviertel beurteilen und auch selbst Vorschläge für (gemeinsame?) Forderungen und Ziele entwickeln würden.

Petra



Bauplatz ? Bauspielplatz!

Holzhäuser bauen, hämmern und sägen, er machen, Stockbrot backen, Steine mauern, Beete anlegen, Büsche pflanzen, spielen, arbeiten, streichen, klönen.... und das auf dem Trümmergelände an der Bartelsstr../ Ecke Altonaer Str. spontan, umsonst und ohne Erlaubnis! Die Eimsbüttler Behörden meinten, daß das nicht so weitergehen kann.

Vertragsangebot

Sie schlagen uns einen Nutzungsvertrag vor für dieses zukünftige Gewerbegebiet nach dem Motto: Ihr erhaltet die Erlaubnis zur vorübergehenden Nutzung, übernehmt aber selber die volle Verantwortung für Mißbrauch, Unfälle, durchgehende Aufsicht, rechtliche Haftung. WIR können euch zum Monatsletzten kündigen, IHR hinterlaßt den Platz im vorgefundenen Zustand. Etwaige Räumungskosten tragt ihr. Nur leider, die Kosten und die Arbeitskräfte " zum Zwecke des Betriebes eines Bauspielplatzes" müßt ihr Schon tragen.
Einige der hiesigen Kinderinitiativen haben dann zusammen mit dem "Verband Hamburger Spielplatzinitiativen" beraten, wie dieses Vertragsangebot zu sehen ist.. Wir wollten einen Nutzungsvertrag unterschreiben, wenn die Behörde in einer Präambel die Notwendigkeit eines pädagogisch betreuten Bauspielplatzes für das Schanzenviertel und die Bereitstellung der dafür notwendigen Gelder und eines dauerhaften Spielplatz-Geländes anerkannt hätte. Unter der Voraussetzung, daß sie sich bemüht, Gelder für eine befristete Bauspielaktion (den Sommer über mindestens) bereit zu stellen, hätten wir einen überarbeiteten Vertrag unterschrieben.
Hätten..
Kurz gesagt: die Behörde in Eimsbüttel zog ihr Angebot zurück, ohne das wir dazu vorher Stellung nehmen konnten. Ein politischer Unterausschuß mit seiner SPD-Mehrheit (damals, vor der Wahl) stellt sich quer, ohne uns anzuhören. Unterausschüsse tagen (noch) ohne Öffentlichkeit.

Gespräch

Die Einladung zu einem Gespräch war schon vorher von uns gefordert worden. Denn es hatte sich herausgestellt, daß das Vertragsangebot einseitig vom Liegenschaftsamt ausgearbeitet war. Der Sozialdezernent wußte noch gar nichts von unserem Glück, obwohl er viel Fachliches zum Betrieb eines Aktivspielplatzes zu sagen hat. Auch das Gartenbauamt sollte dabei sein, wegen der Begrünung und Erde und Sand. Natürlich das Bauamt ebenfalls, die Rechtsabteilung, ein Vertreter der Bezirksamtleiterin und die Sanierungsbeauftragte. Wir hatten im 8. Stock der Grindehochhäuser also fast ein " Spitzengespräch ".
Die Behörde kann einen " Bedarf " am Betrieb eines Bauspielplatzes nur behördlich anerkennen, wenn eine behördliche Bedarfsanalyse gemacht worden ist. Die liegt für das Schanzenviertel noch nicht vor. Obwohl wir eine statistische Auswertung bereits vorgelegt haben! (siehe letzte Schanzenleben
Unsere "Bedarfsanalyse" - 3450 Kinder!)
obwohl seit Jahren teure Sanierungsuntersuchungen vorliegen! Der Sozialdezernent aber ist für unser Anliegen sehr aufgeschlossen u.. will uns nach Kräften unterstützen. Als erstes will er sofort eine Bedarfsanalyse für einen Bauspielplatz erstellen lassen.
Er würde vermuten, daß das ERgebnis für uns positiv ausgehen werde, nur er kann natürlich der Untersuchung nicht vorgreifen. Für einen längerfristigen Spielbetrieb gäbe es amtsintern keine Gelder. Das sei Sache der Politiker. Die Runde empfahl uns, eine politische Öffentlichkeitsarbeit zu machen und die Politiker zu gewinnen. Auf das jetzt benutzte Gelände sollten wir uns keine langfristigen Hoffnungen machen, es sei als Gewerbe-Reservegebiet für die Sanierung dastr. festgelegt. Und andere Flächen seien schwer zu finden.

Eingezäunt

Es wurde uns noch die Mitteilung gemacht, daß im Juni der Bauplatz offiziell eingezäunt werden würde, mit einem breiten Tor. Wenn wir einzelne Aktionen vorhaben, könnten wir den Schlüssel kriegen.

Nur müßten wir vorher eine Haftpflichtversicherung nachweisen und unterschreiben, daß wir für die Zeit der Nutzung für alle Schäden aufkommen. Für einen zweiwöchigen"Probelauf" eines Bauspielplatz-Betriebes könnte man wohl noch etwas Geld locker machen.
Ratlos sind wir wieder nach Hause gefahren.

Dabei kamen wir zufällig an der Bartelsstr. längs. Da sind wir erstmal auf den PLatz und haben angefaßt: Häuser bauen,Holz schleppen, Erde aufschütten... Nachher kamen die Kinder.
Da wußten wir es:

WIR MACHEN WEITER! AUCH IM SOMMER! Auch HINTERM ZAUN! DAFÜR WOLLEN WIR ZUSCHÜSSE! UND LEUTE UND GUTES WETTER!

Sanierung

Auf der öffentlichen Anhörung 25.5. in der Christuskirche zur Sanierung haben wir gegenüber den Politikern guten Druck gemacht für einen Bauspielplatz! Auch wenn der (damalige) Vorsitzende das Thema nicht erörtert haben wollte, weil der Platz Bartelsstr. nicht im förmlich festgelegten Gebiet liegt, wurde die Notwendigkeit von den anwesenden Bürgern durch viel Beifall unterstützt!
Für einen Standort Altonaer Str. spricht auch noch , daß wir damit verhindern, daß die Altonaer Str. wie in der Sanierung bisher geplant, zu einer reinen Gewerbeschneise (von der Sternbrücke bis zur Sternschanze) wird. Ist sie das einmal, sind beide Stadtteile noch mehr voneinander getrennt, und dem 4-spurigen Ausbau der Altonaer Str. steht kein Anwohner mehr im Wege (Wörtlich zu nehmen !)..
Deshalb: KINDERBAUPLATZ ALTONAER STRASSE!

Wir planen in den Ferien: 28.6. – 3.7. Spielaktion *wer macht mit?*

– KINDERBAUPLATZ JEDEN TAG –

mit Kulturbauwagen Eimsbüttel, Werkzeugausgabe zum Häuserbauen, Spielen, Feuermachen, Kleine Kinder-Veranstaltungen.

Wir wollen dies fortsetzen.
Wir wünschen uns: Bauholz von Tischlereien und Firmen, eine Fuhre vom Gartenbauamt, einen Wasseranschluß, alte Bohlen z.B. von der Bundesbahn. *Wir machen uns den Platz gemütlich!*
Kommt zum ARBEITSKREIS - KINDERBAUPLATZ SCHANZENVIERTEL!
Auch im Juni: jeden Do. 18.00 Uhr im Kinderzentrum Bartelsstr. 7.
Öffentlich für Jede/n!







Straßenfest am 15. Mai auf der Schanzenstr..

—Straßenfest

1 Woche vorher fing es bei uns im " Kinderwohnhaus " an, " eng " zu werden. Die Verkehrsschilder mußten geholt, montiert und aufgebaut werden, von einzelnen Geschäften waren noch Sachspenden abzuholen, die Schrammborde waren in Norderstedt, die Musikanlage irgendwo bei Stade.

Die verschiedenen Initiativen und Gruppen aus dem Schanzenviertel wollten zusammen mit den Bewohnern des Stadtteils ein Straßenfest feiern, mit der Hoffnung, daß möglichst viele sich freuen und Spaß haben.

Am Samstag um 13.00 Uhr trafen sich die Initiativen und Gruppen, fingen an ihre Stände, Tische und Spiele aufzubauen. Und etwas später konnte Mensch schon erkennen, daß es ein buntes Fest werden würde.

Eine Gruppe von jungen und älteren Menschen bauten ihre Flohmärkteauf, in Höhe der Ludwigstraße standen die Tische und Bänke zum gemütlich Sitzen, rundherum boten verschiedene Gruppen Getränke und Essen an. Das restliche Stück der Schanzenstraße bis zur Bartelsstraße gehörte an diesem Tag den Freizeit- und Kinderinitiativen..

Als gegen 15.30 Uhr die erste Musikgrupp anfing deutsche Folklore zu spielen, füllten endlich einmal nicht Autos, sondern junge und ältere Menschen die Schanzenstraße.

Was alle im Einzelnen angeboten wurde, was Mensch sich alles einfielen ließ, um sich und ander zu erfreuen, kann ich nicht len, sondern muß einige Eindrücke schildern. Kinder liefen mit bunten Gesichtern durch die Straße,Menschen unterhielten sich miteinander, Spiele wurden gemeinsam gespielt, es gab Straßentheater, Eltern aus dem " Kinderwohnhaus " verkauften den ganzen Tag Getränke und Essen, Musikgruppen spielten deutsche und ausländische Musik, an den einzelnen Info-Tischen wurde diskutiert, die " Hells Angels " fuhren auf ihren Motorrädern mit den Gewinnern vom Tauziehen " um Block ".

Trotz dieser positiven Eindrücke fiel mir auf, daß auf dem Straßenfest die Menschen aus der " Szene " dominierend waren, die Bewohner des Stadtteils, für die das Fest hauptsächlich gedacht war, gingen in der Menge unter, bzw. erschienen nur teilweise, eine Tatsache, die (bestimmt nicht nur) ich sehr schade finde.

Vielleicht sollten wir, wenn wir das nächste Straßenfest feiern, dies in einem kleineren Rahmen gestalten und noch intensiver durch unsere PLanung und unser Handeln betonen, daß wir mit den Bewohnern gemeinsam feiern wollen

Zum Schluß möchten wir vom " Kinderwohnhaus " uns noch bei allen Menschen und Firmen bedanken,die auf verschiedenste Art und Weise mitgeholfen haben, daß das Straßenfest so gut werden konnte, wie es war.

P.S.
Bestimmt hat Mensch noch andere und mehr Kritik an dem Straßenfest. Teilt sie uns bitte mit, wie (die Inititativen und Gruppen des Schanzenviertels) lernen aus unseren Fehlern !!!





Kunstaktion

600 000 leere Dosen auf dem Gänsemarkt?

Kunstaktion in Hamburg:

Wohin ist der Cerro Rico verschwunden?

14.8. - 5.9.1982

Die Aktion.

Tausende/abertausende von Weißblechdosen werden aneinandergefügt. Aus einer silbrig glänzenden Fläche wächst ein Berg: der Cerro Rico.
Die Form des Berges wird sich ständig ändern- nicht die fertige PLastik steht im Vordergrund, sondern der Prozeß der Entstehung, an der sich jeder Hamburger durch die Lieferung von Dosen beteiligen kann.

Der Cerro Rico.

Aus dem Cerro Rico in Potosi/Bolivien haben die Spanier 200 Jahre lang das Silber dern lassen, mit dem der industrielle Aufschwung Europas (mit)finanziert worden Hierbei starben 8000 000 Indios. Am Ende blieb eine riesiger Abraum-Berg über.
Als man vor rd. 100 Jahren entdeckte, daß in diesem Abraum Zinn enthalten war, mußten die Indios den Berg ein zweites Mal durchwühlen, diesmal nach Zinn.
Heute ist auch das Zinnvorkommen erschöpft. Kinder müssen im Berg arbeiten. weil sich die Arbeit von Erwachsenen nicht mehr lohnt. Die Indios sind ärmer denn je.

Wo ist der Reichtum Bolibiens geblieben?



Wohin ist der Cerro Rico verschwunden?

Kunst und Information.
Neben dem Cerro Rico informierten in einer Ausstellung ...

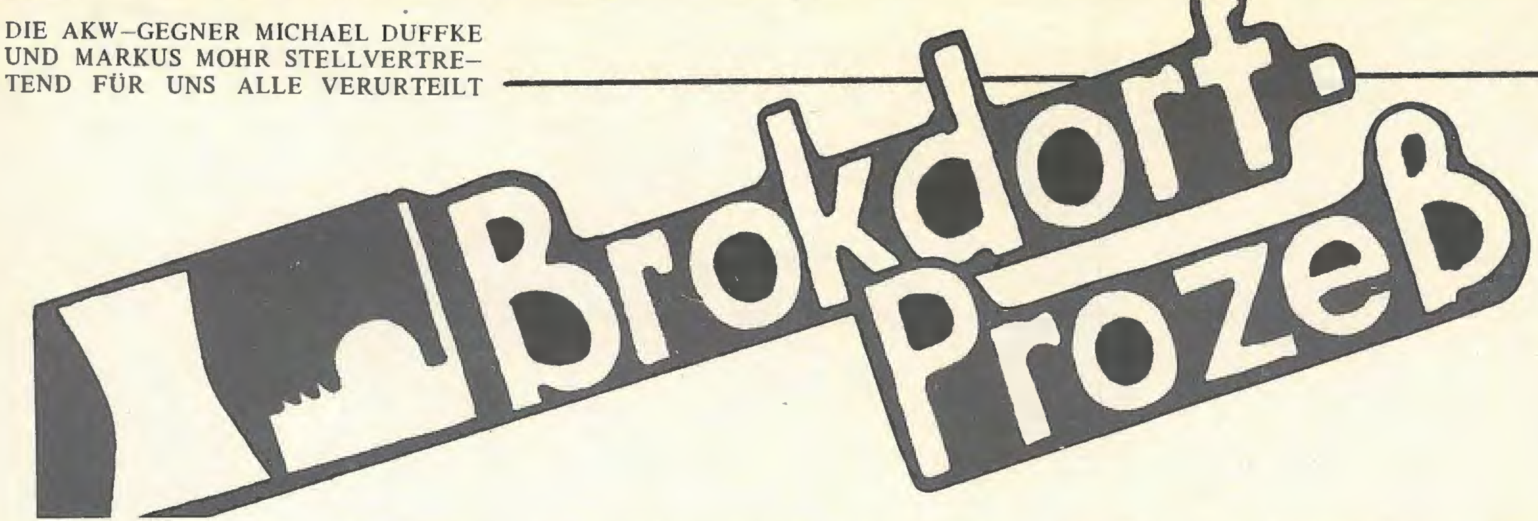
... Die Kinderhilfsorganisation Terre des Hommes über die Kinder, die heute im Cerro Rico arbeiten müssen und über das große Geschäft mit dem Zinn.

Ich suche noch eine (Umweltschutz)Gruppe, die eine Ausstellung vorbereitet über die mengen Dosen, die wir täglich wegwerfen: Was geschieht mit dem Abfall? Gibt es Alternativen?

Wir brauchen 600 000 Dosen !
Jede/r Hamburger/in kann sich die Sammlung von leeren Dosen an der Kunstaktion teilgen:
Dosen ausspülen, Etikett entfernen und bis zum 14.8. sammeln. Ab 14.8. direkt zum Gänsemarkt bringen (voraussichtl. Ort). Wir brauchen riesige Mengen Dosen! Also jetzt schon anfangen !
Jeder Dosen"lieferant" kann das Kunstwerk als Mit-Künstler signieren.

Die Aktion wird von der Hamburger Kulturbehörde gefördert werdem.
In der Aktionsgruppe arbeiten unter meiner Leitung fünfzehn junge, engagierte Hamburger/innen mit.
Zur Zeit läuft gerade die Dosensammlung in Hamburger Schulklassen an, Jede KLasse, e sich verpflichtet, einen Sack Dosen zu sammeln, erhält als kleine Belohnung ein Bolivienplakat von Terre des Hommes.
Klaus Schmidt, Neuer Pferdemarkt 19, 2000 Hamburg 6, Tel. 4300848

DIE AKW-GEGNER MICHAEL DUFFKE UND MARKUS MOHR STELLVERTRETEND FÜR UNS ALLE VERURTEILT



Brokdorf-Prozeß

Am Donnerstag, den 13.5.82 verurteilte das Landgericht Ithehoe - unter dem Vorsitz des Richters Selbmann - stellvertretend für uns alle Michael Duffke zu 5 1/2 Jahren Haft und Markus Mohr zu 3 Jahren Haft.

Blicken wir zurück, wie es zu diesem Prozeß kam:

Am 28.2.1981 haben sich über 100.000 Menschen in der Wilstermarsch versammelt, um gegen den Weiterbau des AKW-Brokdorf zu demonstrieren. Sie waren trotz des Demonstrationsverbots und trotz der Versuche durch Politiker wie Stoltenberg und Schmidt gekommen, die Demonstranten schon im Vorfeld der Demonstration als Kriminelle hinzustellen. Stoltenberg setzte Polizei, BGS, Spezialtruppen des Staatsschutzes und Material wie Hubschrauber, Wasserwerfer und gepanzerte Fahrzeuge in einem bisher kaum gekannten Ausmaß ein, um die AKW le vor der Bevölkerung zu verteidigen. Bei dem Versuch von Demonstranten an das Baugelände zu gelangen und es anzugreifen, kam es zu zahlreichen Übergriffen von seiten der Polizei. Als die Polizei mit Tränengas und Knüppeleinsätzen Leute von der NWK-Straße räumte, wobei das Mitglied des Sondereinsatzkommandos der Polizei (SEK) RolfSchütt mit seinen Kollegen vorne an den Wasserwerfern postiert war. Schütt Schütt, der wohl so sehr in der Jagd auf onstraten war, merkte nicht, das seine Kollegen umkehrten. Er stolperte bei der verfolgung eines Demonstraten in einen etwa 5 Meter breiten Graben und stürzte ins Wasser. Einige Demonstranten sprangen ihm nach und versuchten ihn in seiner Aktivität zu bremsen.

Schütt wurde von Demonstranten in eine Demonstrationseigene Sanitätsstation gebracht, dort untersucht und später mit einem Polizeihubschrauber ins Krankenhaus gebracht. Dort stellte sich - nach vorsorglicher Intensiv-Beobachtung - heraus, daß er nicht verletzt war.

Wieder besseren Wissens gab die Polizeileitung die Nachricht heraus, die Demonstranten hätten diesen Polizisten als Geisel genommen und etwa zwei Wochen nach der Demonstration wurde in den Fahndungsaufrufen Schütt als Lebensgefährlich verletzt beschrieben.

Die Auseinandersetzungen am Graben wurden von Thobias Heldt, einem Fotografen der im Auftrage des Hamburger Abenblattes die Demonstration beobachtete, fotogaphiert. Obwohl er mehrmals darauf hingewiesen wurde, die Bilder sofort zu vernichten, verkaufte er einige an das Abenblatt und später an die Illustrierte Stern. Diese Bilder waren die Grundlage für die dann einsetzende bundesweite Fahndung, für die Festnahme von Markus und Michael und schließlich für deren Verurteilung.

Michael Duffke ist seit seiner Festnahme am 31.3.81 d.h. seit über einem Jahr, wo er über die ganze Zeit Sonderbehandlungen und zahlreichen Schikanen ausgesetzt war.

Wir haben miterleben müssen, mit welchem Aufwand die Fahndung nach den Beteiligten AKW-Gegnern an dem "Graben-Vorfall" von Polizei und Staatsanwaltschaft betrieben wurde, wie Politiker z.B. der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein G. Stoltenberg schon vor der Demonstration vom 28.2.81 gegen die Demonstranten hetzte: *"Außerdem werden die Leute in der Wilster Marsch mit ganz brutalen Methoden in Angst versetzt. ...Es gibt anonyme rufe bei einzelnen Leuten, sie sollten ihr Vieh am Sonnabend auf die Wiese treiben, denn die Häuser würden angezündet."* (Bild 21.2.81) und wie in der Presse schon vor der Demonstration vorausgesagt wurde, daß die Demonstranten einen toten Politisten in Kauf nehmen wollten. Wie nach der Demonstrtion Polizisten für ihren Einsatz gegen

AKW-Gegner mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurden, wie der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß bayerische Polizeibeamte seine *"aufrichtige Anerkennung für ihren aufopfernden Einsatz"* aussprach: *"Sie haben bei der Abwehr brutaler revolutionärer terroristischer Gewalt, Leben und Gesundheit für die Sicherheit und für das Recht aller Bürger, eingesetzt und damit Vorbildliches geleistet zu Schutz unserer freiheitlichen Rechtsordnung..."*. (DPA-Meldung)

Wir fragen uns, was mit dieser Hetze gegen uns und der politischen und juristischen Verfolgung gegen uns erreicht werden soll; besonders auch jetzt, wo das AKW-Brokdorf fast ungestört hochgezogen werden kann. Sicher dient dieses Vorgehen der Abschrekkung, Abschreckung davor, sich an dem Widerstand gegen AKW's zu beteiligen: wer aufmuckt, wer sich wehrt, läuft Gefahr, verfolgt und bestraft zu werden! Also Unterdrückung und Kontrolle durch brutale Gewalt, durch Bullen und Justiz und die Höhe der Strafe wird hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Aber dies ist nur die eine Seite, die andere Seite scheint uns zu sein, daß mit diesem Prozeß unserem Widerstand unsere politische und moralische Legitimation genommen werden soll, und unser Denken und halten auf die herrschenden gesellschaftlichen Normen zurückgeführt werden soll. Denn der Widerstand gegen das AKW-Brokdorf hat seine Bedeutung nicht nur in dem materiellen Schaden, der den Betreibern (HEW, NWK) zugefügt werden konnte, oder in der Informationsarbeit über die Gefährlichkeit von AKW's und über die Machenschaften der Betreiber, oder in der Dokumentation der großen Anzahl von AKW-Gegnern,sondern der Widerstand gegen das AKW-Brokdorf hat seine Bedeutung hauptsächlich darin, daß so viele Menschen die bis dahin akzeptierten und verinnerlichten gesellschaftlichen Normen in Frage stellten und eigene Vorstellungen von Legitimität, Recht und Unrecht so z.B.. auch über den herrschenden Gewaltbegriff und über die Rolle von Staat und Staatsgewalt entwickelten. Diese Entwicklung ist die eigentliche Gefahr für die bestehenden Machtstrukturen. Deshalb auch der Versuch durch das Gericht, den Vorfall am Graben aus unserem politischen und moralischen Zusammenhang zu reißen, zu individualisieren und auf einen Vorgang zu reduzieren, der mit den herschenden Normen und dem herrschenden Recht zu messen ist. Die Frage nach Recht und Unrecht in diesem Prozeß lassen sich auf die Fragen zurückführ

ren:

– Was ist kriminell, Atomkraftwerke bauen, oder sie verhindern?

Und wenn der Staatsanwalt Wieduwild in seinem Plädoyer sagt, dieser Prozeß richte

Erklärung der Anwälte von Markus Mohr und Michael Duffke

Fassungsloses Entsetzen, Wut und Empörung bei den Anti-AKW-Gegnern, Kopfschütteln bis harsche Kritik ("Bürgerkriegsjustiz") in der liberalen Presse: das Brokdorfurteil des Landgerichts Itzehoe vom 13.5.1982 gegen Markus und Michael stieß fast durchweg auf Ablehnung. Das läßt hoffen. Zum untauglichen Versuch wird wohl verkommen, was das Gericht als Exempel für den Umgang mit dem politischen Gegner sich dachte, und wenn der Protest nicht abreißt, den das Urteil provoziert, kann es vieleicht Michael und Markus erspart werden, weiterhin für ein politisches Kalkül das Material abzugeben. Auch wenn die Jugendkammer Ithzehoe das Urteil bereits absitzen läßt - noch ist es nicht rechtskräftig.

Maßlos sei das Urteil, lesen wir, besonders in den 3 Jahren Jugendstrafe für Markus Mohr, gegen den keine überzeugenden Beweise vorgelegen hätten. Greift das nicht zu kurz? Was denn, wenn sie vorgelegen hätten? Strafantrag der Staatsanwaltschaft und Urteil haben für uns keinen Zusammenhang mit dem, was in 55 Verhandlungstagen über den Weiterbau des AKW-Brokdorf, die Demonstration der 100 000 am 28.2.1981 und den Polizeieinsatz "bewiesen" worden ist. Das Gericht hat angenommen, daß der Polizeibeamte Schütt im Graben nicht verletzt wurde, der Angeklagte Mohr ihm aus dem Graben herausgeholfen und die Polizei zur selben Zeit auf wehrlose Demonstraten am Boden ohne Schutzhelm erbarmungslos eingeknüppelt hat. Desungeachtet 51/2 Jahre für Michael - offensichtlich steht das unvereinbar nebeneinander. Verurteilt worden ist nicht, was geschehen ist, sondern wofür die Angeklagten standen. Gesinnung wurde für die Tat genommen. Der Strafprozess, streng formalisierte Aufklärung eines Geschehens wurde aufgelöst in die Aburteilung eines zum Symbol geronnenen Fotos und dem, was dadurch in der Vorstellung der Richter hätte aufgelöst werden können:

der ökologische Bürgerkrieg

Das Fanal dieses Urteils gilt vor allem dem "verdammt guten Gewissen" derer, die in Brokdorf und anderswo aufgestanden sind unter dem Leitwort "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht". Jede sachliche Auseinadersetzung über Fragen der Atomenergie hat das Gericht aus dem Prozeß verbannt, wohl wissend, daß es in ihr nicht hätte bestehen können. Gemessen an der Gefahr für Leib und Leben dieser und der Generationen durch die Atomindustrie, realer Gewalt, wäre die Legitimität eines Urteils dahin, das nur das Recht auf körperliche Unversehrtheit des Polizisten kennt.

Das Landgericht Itzehoe hat sich statt dessen hinter Zahlenkolonnen versteckt wie: mittelschwerer Fall bedingt mittlere Strafe auf dem strafrahmen. Als ob es nicht wüßte, daß dieses Urteil beispiellos ist auch innerhalb der Landfriedensbruchrechtsprechung der letzten Jahre.

Wir haben von Anfang an die Einstellung dieses Verfahrens gefordert. In der Frontstadt Itzehoe, überragt vom Polizeihochhaus mit Blick auf den Bauplatz des AKW-Brokdorf, mit einer Staatsanwltschaft, deren Leiter schon in der Fahndung mit unwahren Behauptungen die Vorverurteilung der Angeklagten betrieb, konnte ein solches Urteil eingefordert werden. Brokdorf - bekannt schon als "Symbol der Unvernunft" - steht jetzt auch für eine politische Ausnahmejustiz.

Das Gericht hat sich als Wahrer der demokratischen Regeln verstanden. Die Mehrheit entscheide, wer sich nicht unterordne, wolle archie, die Mehrheit für die Atomindustrie, für Whyl, Brokdorf, u.a.? Es ist einfach die Macht die die Mehrheit hat. Das Gericht verweist auf den Stimmzettel, der Demokratie gewährleiste. Es sei selbst gar nicht befugt, Sinn und Unsinn der AKW's auch nur zu prüfen. In den Worten von Staatsanwalt Wieduwilt: wir müssen von dem ausgehen, was Recht ist. Ein Widerstandsrecht kann es nicht geben. - Demokratie rein formal zu begreifen, hat Kelsen vor dem Faschismus in die Staatslehre eingeführt. Die Rechtfertiger der Ermächtigungsgesetze haben sich darauf berufen. In Angriffskrieg, Ausschwitz und blinka hat es geendet. Solche Demokratie als Rechtfertigung herhalten, Markus Mohr zwangsweise in 3 Jahren umzuerziehen! Häuserkampf, Startbahn West, Antikriegsbewegung - dieses Gericht leugnet schon die sprüche aus denen diese Bewegungen hervorgehen, endem es sich weigert, sie zu Kenntnis zu nehmen. Es stellt die Macht dagegen: nach dem Polizeiknüppel das Schwert Justitias, zu Verteidigung der freiheitlichsten demokratischen Grundordnung.

Markus und Michael haben am Tag der Urteilsverkündung deutlich gezeigt, daß sie sich durch dieses Urteil nicht beugen lassen, daß sie weiterkämpfen werden gegen Atomkraftwerke und gegen jede Zerstörung von bedingungen.

In den letzten Tagen sind wir als Verteidiger oft gefragt worden: wie geht es weiter, was kann rechtlich noch nach diesem Urteil getan werden?

Zunächst wird es eine Haftbeschwerde beim Oberlandesgericht Schleswig geben. Die Inhaftierung im Letzten Jahr zeigt schon von Anfang an den besonderen Charakter diesen Prozesses. Mit der Haftbeschwerde soll die für Markus jetzt erneut angeordnete und für Michael seit über 13 Monaten bestehende Untersuchungshaft angegriffen werden.

Gegen das Urteil selber haben wir Revision eingelegt. Da die Staatsanwaltschaft Markus und Michael beim Landgericht angeklagt hat, ist ihnen sogleich die Möglichkeit der Berufung genommen. Es bleibt nur noch eine Instanz, die Revision beim Bundesgerichtshof. In der Revision findet nur noch eine rechtliche Überprüfung aufgrund des vom Landgericht Itzehoe festgestellten Sachverhaltes statt. Das Revisionsverfahren läuft im wesentlichen schriftlich, eine Verhandlung vor dem Bundesgerichtshof findet nur in wenigen Ausnahmefällen statt.

Das Itzehoer Landgericht hat sich im Laufe des Prozesses über viele prozessuale Rechte hinweggesetzt, an sich alles Verstöße, die eine Revision begründen. Trotzdem darf man sich keine Illusionen darüber machen, welche Chancen Markus und Michael beim richthof haben. Der Bundesgerichtshof hat in unzähligen Fällen gezeigt, daß er entschlossen ist, gerade in politischen Prozessen Verfahrensverstöße auch krassester Art abzusegnen. Das letzte Beispiel war das Verfahren gegen den Heidelberger Rechtsanwalt Gerhard Härdle, der vom Landgericht berg zu 22 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt wurde. In diesem Fall hatte sich das Landgericht über die selbstverständlichsten Rechte die ein Angeklagter nach der Strafprozeßordnung hat, hinweggesetzt. Der Bundesgerichtshof brauchte nur wenige Seiten,um die mehr als tausend Seiten de Revision als "offensichtlich unbegründet" abzulehnen.

Unsere Verteidigungsstrategie in diesem Prozeß, besonders die Tatsache, daß wir uns geweigert haben, ein Schlußplädoyer zu halten, ist bei manchen auf Unverständnis gestoßen. In unserer Erklärung, die wir hierzu vor dem Gericht abgegeben haben, und die auch veröffentlicht worden ist, haben wir begründet, warum wir nicht plädieren. Das Urteil hat uns darin bestätigt, daß einPlädoyer von unserer Seite nur noch Alibifunktion gehabt hätte.

Nach dem Gesetz sind wir als Verteidiger "Organe der Rechtspflege", hierauf hat uns auch der Staatsanwalt Wieduwilt in seinem Plädoyer besonders hingewiesen.

Wir lassen uns aber nicht zu Verurteilungsgehilfen machen, unser gesamtes Prozeßverhalten war bestimmt davon, uneingeschränkt die Interessen unserer Mandanten wahrzunehmen.

Wir sind bereit, unsere Verteidigung in diesem Prozeß zur Diskussion zu stellen. Nur sollte eine solche Diskussion genauer und ernsthafter geführt werden, als dies in dem Kommentar von Hilmar Zschach in der TAZ vom 5.5.1982 versucht wurde.

Brokdorf, Prozeß

sich nicht gegen den Widerstand gegen sondern nur gegen Rechtsbrüche, dann fragen wir uns, wie sollen wir gegen AKW's Widerstand leisten, ohne das Recht zu en, das den Bau von AKW's legitimiert? Oder wenn Wieduwild von "Körperlicher Unversehrtheit" redet, die er zu schützen habe, und damit den SEK-Bullen meint, der das AKW beschützt und speziell zur Menschenjagd ausgebildet ist und nicht uns meint, die von Unfällen wie Harrisburg, Brunsbüttel oder von der totalen Verseuchung der Fische in der Elbe , von der Verseuchung der Muttermilch usw. usw. betroffen sind, dann fragen wir uns, wie sollen wir unser Leben und unsere Gesundheit erhalten,ohne gegen die vorzugehen, die uns daran hindern wollen; und was nutzen Worte, wenn die Bullen Waffen in den Händen haben.

– Wer ist kriminell, der, der betreibt, den Betrieb politisch ermöglicht und die Anlagen schützt, oder der, der Widerstand dagegen leistet?

– Was ist annomal, Leben und Lebensbedingungen im Interesse von Profit und Macht zu vernichten, oder dafür zu kämpfen, daß sie erhalten werden?

Für uns sind die Antworten klar, und wir wissen auch, daß in den Fragen unversönliche Widersprüche aufeinanderstoßen.
Widerstand, der die herrschenden Zustände angreift und verändert, wird von denen, die sie erhalten wollen, mit allen Mitteln, z.B. auch mit ihrer Justiz und ihrer Psychiatrie, bekämpft werden.
Aber wir können uns die Formen unseres Widerstandes nicht von denen vorschreiben lassen, die die herrschenden Zustände verteidigen - mit ihren Bullen, ihren Gesetzen, r Wissenschaft.
Deshalb werden wir die Verurteilung von Michael und Markus auch nicht tatenlos hinnehmen
und über den Weiterbau des AKW-Brokdorf haben wir auch noch nicht das letzte Wort gesprochen..

ERKLÄRUNG ZUR AKTION GEGEN DIE SPATZ (SPALTERISCHE ALLGEMEINE TAGESZEITUNG) – EHEMALS TAZ

Am Mittwoch, den 12.Mai gegen 18 Uhr en wir - 30 Frauen und Männer aus unterschiedlichen Gruppen - den 5. Stock der Dralle (Werkstatt III imNernstweg, in Altona - die Red.) aufgesucht und zwei Räume der TAZ demoliert. Diese Aktion war insofern begrenzt, als sie den technischen Apparat unzerstört ließ. Für uns war sie der Schlußpunkt unter eine nun schon Jahre andauernde argumentative Auseinandersetzung mit einer Zeitung, die in entscheidenden politischen Kontroversen unter linkem Deckmantel reaktionäre Politik macht. Uns allen gemeinsam war bis zu diesem Zeitpunkt die direkte und persönliche Erfahrung, von der TAZ diffamiert und denunziert worden zu sein. Unsere Artikel wurden verzerrt, unsere Positionen entstellt, unsere politische Praxis entweder höhnisch-bösartig kommentiert oder fanden einfach keine Aufnahme in der Zeitung. In mühsamen und ausführlichen Gesprächen mit den TAZ-Redakteuren haben wir immer wieder versucht, ihnen die politische Funktion solcher Praxis vor Augen zu halten, haben sei als politische Menschen im Zusammenhang linker Politik betrachtet und Verständnis für die Schwierigkeiten einer linken Tageszeitung aufgebracht. Bis uns ihr nächster Hammer traf und wir feststellen mußten, daß sie nichts verstanden hatten bzw. nichts verstehen wollten.
Markus und Michael stehen seit einem halben Jahr vor Gericht, Michael ist immer noch in Untersuchungshaft. Nach dem Plädoyer des Staatsanwaltes und unmittelbar vor der Urteilsverkündung ergreift die TAZ durch Hilmar Zschach Partei für den Staat: die Verteidiger und die Öffentlichkeit werden - im Stil der Herrschden - angegriffen und beleidigt, dem Richter wird Volksgerichthofgebahren anempfohlen; Markus und Michael schließlich wird die politische Identität abgesprochen. Sie sind Opfer und haben sich als solche zu verhalten - Gnade sollen sie erflehen, anstatt zu kämpfen.
Das Urteil zielt auf den Kampf, den wir zusammen mit Markus und Michael geführt haben und auch weiter führen werden. Es soll mutlos machen, abschrecken und uns auf (noch) geduldete verbale Proteste festlegen. Jetzt, wo es für uns darum geht, unseren Kampf gegen dieses Urteil und gegen diesen Staat weiter zu führen, geht es der TAZ offensichtlich darum, unseren Kampf zu diffamieren.
Von Hilmar Zschach erwarten wir nichts anderes. Er verachtet Menschen und rt mit seinem Juristenkopf für den Staat. Daß aber die TAZ es einem bürgerlichen Journalisten und "Möchtegern-Richter" wie Hilmar Zschach überläßt, einen Kommentar zu diesem Prozeß zu schreiben und ihn dann ohne Kritik abdruckt, ist ein ungeheurer Einbruch in die notwendige Solidarität mit Markus und Michael und uns.
Der Staat selbst wäre durch seine Medien nicht dazu in der Lage gewesen, weil diese Bläter eindeutig als Staatsschutzzeitungen zu identifizieren sind, während viele Menschen bei der TAZ das Bild einer Linken Zeitung im Kopf haben.
Der Kommentar macht deutlich, auf welcher Seite der Schreiber steht und auch die Zeitung, wenn sie den Kommentar abdruckt und eine Erklärung der Öffentlichkeit, die während des Plädoyers des Staatsanwaltes nur teilweise verlesen werden konnte (wegen Selbmanns Prügelbullen), nicht
Wir haben auf diesen schwerwiegenden politischen Angriff durch die TAZ reagiert, indem wir von ihnen gefordert haben, die Erklärung der Öffentlichkeit zu drucken. Der Erklärung vorangestellt, war eine kurze Begründung, warum wir die Veröffentlichung für wichtig halten und was wir von der Prozeßberichterstattung der TAZ halten. Wir erklärten, daß wir bei Nicht-Veröffentlichung wiederkommen und "Möbel
Die TAZ druckt dann die kurze vorangestellte Begründung ab, schneidet den Teil heraus, der unsere Forderung nach Abdrucken der Erklärung enthält, Das Heißt sie ist noch nicht einmal bereit, offen zu sagen, wir drucken das nicht ab, weil..., sondern bescheißt ganz offensichtlich uns und alle Menschen, die die TAZ lesen. Das Ganze wird dann noch mit einer zynischen Überschrift und einem üblen Kommentar versehen.
Wir sind dann wiedergekommen.
Wie wir jetzt sehen, hat die TAZ weder unsere Argumentation verstanden, noch ist sie über unsere Aktion nachdenklich geworden. (Wenn der Finger auf den Mond zeigt, schaut der Dumme auf den Finger.. Chin.Sprichwort) Wir erleben ferner, daß uns viele Menschen in unserer Kritik an der TAZ zustimmen, unsere Aktion falsch finden.
Die Berichterstattung der TAZ zu den Brokdorfprozessen hat uns aktuell als zynischer Verrat getroffen, und deutlich gemacht, daß sie keine linke Tageszeitung ist.
Parteiliche Berichterstattung dient ausschließlich der Imagepflege und findet nur statt, wenn sie nichts kostet. In allen innerhalb der linken Bewegung politisch relevanten Kontroversen betreibt die TAZ mit geradezu schlafwandlerischer Sicherheit dasselbe Geschäft wie die bürgerliche Presse. Sie versucht, Radikalisierung und Revolutionierung von politischer Praxis zu verhindern. Unter dem Vorwand der Meinungspluralität bietet sie reaktionären Positionen ein Forum in der Gegenöffentlichkeit, während sie radikale linke Positionen diffamiert oder ihre Veröffentlichung unterdrückt.
Sie versucht, einen Teil der gung auszugrenzen und damit die gesamte Bewegung zu spalten.
Diese Erfahrung haben viele verschiedene Gruppen seit langer Zeit machen müssen. Anti-Akw-Gruppen, Antiimperialistische Gruppen und Frauengruppen sind einige Beispiele hier in Hamburg.
In der TAZ arbeiten Menschen, die mit em Widerstand nichts zu tun haben. Ihre xis besteht darin, die politische Praxis anderer Menschen zu kommentieren. Ihre Methoden sind die der bürgerlichen Presse. Indem die TAZ sich unsere Sprache borgt, um bürgerliche Ideologie zu verbreiten, täuscht sie permanent die Menschen darüber hinweg, daß Veränderungen nicht ohne Kampf möglich sind.
Das DM 400,- an Privatgeld mitgenommen worden sein sollen, ist eine TAZ-Lüge; mit den DM 200,- aus der TAZ Kasse wird die TAZ-Politik nicht mehr finanziert, auf der Schreibmaschine werden nun keine rungen und Denunziationen mehr getippt.

Vertreter der an der Aktion beteiligten Gruppen

Michael Duffke und Markus Mohr sind vom Landgericht Itzehoe zu 3 bzw. 5 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Grund war ihre Teilnahme an der letzten Brokdorf - Demonstration, bei der mehr als 100.000 Menschen trotz Demonstrationsverbots teilnahmen.
Gerade weil in den Medien nicht, unzureichend oder falsch berichtet worden ist, wollen wir hier den Beteiligten gelegenheit geben sich zu äußern.
Außerdem halten wir dies aus dem Grund für richtig, weil die TAZ in der die Unterstützer und Anwälte von Markus und Michael ihre Auffassungen hatten dokumentieren wollen, dieses sowohl unterlassen, als auch sich diffamierend über die Angeklagten und ihre Anwälte geäußert hat.
Dafür wurde von verschiedenen Leuten das Büro aufgeräumt. Da wir uns in der Redaktion nicht auf eine einheitliche Stellungnahme hatten einigen können, dokumentieren wir hier zwei Meinungen aus der Redaktion.

Die Redaktion



taz-Hamburg

Redaktion ...stweg 32, ☎ 040/39 11 88 Telex: 21 45 25 taz/hh

Auseinandersetzung

der Kommentar

1. Meinung

Subjektibes zur TAZ-Aktion

In den letzten Wochen ist bei uns - wie in vielen linken Gruppen - über die TAZ-Aktion diskutiert worden. Ich selber hatte den " Ätz-Kommentar " nicht gelesen und auch nur sporadisch die Prozeßberichterstattung in der TAZ verfolgt.

In den Diskussionen über die Aktion ging es auch um den Punkt, daß die TAZ als professionelles Medium ein enormes Machtmittel darstellt; die Aktion wurde danach beurteilt, daß sie zwar politisch nicht so ganz einwandfrei war, moralisch aber vertretbar sei. Wir können es uns nicht leisten - hieß es - die TAZ und die von ihr vertretene Linie zu ignorieren und müßten deshalb nach Formen und Möglichkeiten der Einflußnahme oder Auseinandersetzung suchen.
Wenn die Konsequenz der Aktion tive Auseinandersetzung von TAZ' lern und Autonomen bedeutet, kann ich das begruessen.
Aber damit ist die Aktion für mich noch nicht abgesegnet:
Meine Arbeit in der Stadtteilzeitung ist zwar was anderes als professioneller TAZ-Journalismus, trotzdem kann es dem Schanzenleben genauso passieren, daß eine Ini sich durch einen Artikel soweit provoziert fühlt, um vermittels Gewaltandrohung eine Gegendarstellung zu werwirken. Das Schanzenleben wäre erstmal weg vom Fenster, wenn uns Material, Geld oder Schreibmaschinen geklaut / kaputtgemacht Was für Möglichkeiten hätten wir da noch, unseren Standpunkt zu vertreten, wenn wir vor die Zwangsalternative " Meinung ändern oder Trümmerhaufen " gestellt werden? Das ist der Punkt, an dem ich mich mit den TAZ' lern solidarisch fühle, obwohl einiges an ihrer Bericherstattung (siehe Kommentar zur Walpurgisnacht) zum Himmel stinkt.
Ruhigere Gemüter können jetzt einwerfen, daß dem Schanzenleben solche Konfrontationen wohl kaum ins Haus stehen, weil es halt Forum verschiedener Inis ist und kein Berufsblatt. Wenn diese Aktionsform unter den Autonomen nicht zur lieben Gewohnheit wird, dürfte das so richtig sein.

Andererseits befinden wir uns bereits in der Situation, daß eine organisierte Gruppe uns klargemacht hat, was unsere Politik beinhalten darf und was nicht, andernfalls wir mit Sanktionen zu rechnen hätten, was sie natürlich nur ungern täten, selbstverständlich .... Im Klartext: die im heimischen Stadtteil ansässigen Hell's Angels haben bestimmte Interessen an Kneipen wie Pickenpack und Rockbomber. Freundlicherweise haben sie uns erlaubt, weiterhin Öffentlichkeitsarbeit gegen die Großkneipen zu machen. Wir dürfen auch gegen Peep-Shows und Zuhälterei sein. Nur von Sachbeschädigungen (z. B. Scheiben einschlagen) sollen wir doch bitte absehen. Eine Delegation der Angels teilte uns das auf dem Ini-Treffen mit. Und weil wir alle so gleichberechtigt sind, haben wir sen, daß wir mit den Angels keine dersetzung wollen und uns an ihre Vorschläge halten. Zufällig ist es nicht Schwerpunkt unserer Politik, Scheiben einzuwerfen.

2 Wochen nach dem Ini-Treffen auf dem Straßenfest, fällt es den Angels mal eben ein, daß ihnen das Plakat der Autonomen " Wir wollen leben " nicht paßt - also gehen sie hin und räumenes vom Stand.
Ein anderes - hypothetisches Beispiel - seit den Auseinandersetzungen zwischen Punks und Zuhältern wissen wir, wie die Kiez-Schläger einzuschätzen sind. Wäre die Pepp-Show am Schulterblatt genehmigt worden, hätten wir natürlich massiv dagegen gearbeitet. Ein Kurzbesuch von einer Handvoll Schläger zur Redaktionssitzung hätte uns wahrscheinlich mundtot gemacht.

Ich gehe da von mit persönlich aus: der Gewalt von Angels oder Kiez-Schlägern habe ich nicht entgegen zu setzen als ihnen aus dem Weg zu gehen. Und d s nicht etwa, weil ich mich wohl überlegt frei dafür entscheide,sondern weil ich unter Druck gesetzt werde. Aus dem Weg gehen heißt aber, Abstriche zu machen sowohl politisch als auch bezogen auf meinen persönlichen Freiraum. ⟶

Forts.: Auseinandersetzung um TAZ-Aktion

Zwischen Autonomen und TAZ'lern ist eine verbale Auseinandersetzung möglich. Trotzdem dürften sich einige TAZ'ler auch mit mutsgefühlen an den grünen Tisch setzen, denn die Möglichkeit, daß sie aufgrund der "falschen" Politik wieder mit verwüsteten Schreibtischen rechnen müssen, gib's nach wie vor.
Mit Angels und Zuhältern ist keine verbale Auseinandersetzung möglich. Die Fronten sind härter und das Gefühl der Machtlosigkeit stärker, denn wir rechnen nicht mit verwüsteten Schreibtischen, sondern mit kaputten Knochen.
Randale wird gemacht – es geht bergab (?)

Petra



2. Meinung

Ich kann die Empörung der Leute die das TAZ-Büro auseinandergenommen haben sehr gut verstehen. Lange Zeit habe ich mich über die TAZ geärgert, zuletzt eben über den Artikel von Zschach.
Vorallem ärgerte mich, das laufend irgendwelche nach 68er ihren angelesenen unverdauten und zur resignation verkommenen Schwachsinn verbraten konnten. Geärgert hat mich das außer den vielen Menschen die in Betrieben, Stadtteilen, Gewerkschaften und Schulen in mühseligem Auseinandersetzungen stehen, alles andere zu Wort kam, von Bagwan bis zum Wohnungsvernichtungsminister Haak. Es hat mich geärgert, das die TAZ Informationen unterschlägt, verfälscht und Betroffene sowie Handelde mit Lügen diffamiert. Auch wenn diese nicht meine politische Auffassung geteilt haben. Die Artikel sind schlampig recherschier und unglaublich oberflächlich geschrieben, geradevon den sogenannten Berufs- bzw. Profijournalisten.
Nun ich kann die Leute verstehen.
Nur, ich bin trotzdem der Meinung, daß die Aktion politisch falsch war.

Die TAZ hat innerhalb des Linken Spektrums durchaus Meinungsbildende Funktion. Sie vertritt zwar keine durchgängige politische Linie, aber Tendenzen haben sich mittlerweile schon herausgebildet. Eine der Haupttendenzen besteht darin, bestimmte Widerstandsformen bzw. die sich dahinter verbergende grundsätzliche Ablehnung dieser Gesellschaft, zu diffamieren und zu isolieren.

Dies geschieht momentan in Berlin, wo die TAZ diejenigen Unterstützt, die zum Dialog mit dem Senat bereit sind. So ist es mit Markus und Michael geschehen, wo es Traurig ist, das sich nicht 100.000 betroffen fühlen. So versucht sie es in der Friedensbewegung.
Ich will hier nicht versuchen Ursachenforschung zu betreiben, warum-wieso-weswegen die TAZ sich so entwickelt hat. Die Verantwortung liegt bei der TAZ allein. Nur man wird das was die TAZ an politischer Meinung ausdrückt, nicht mit einer derartigen Aktion aus der Welt schaffen. Dazu ist nur eine lange und inhaltliche Auseinandersetzung in der Lage, die nötig ist, aber ständig umgangen wird.
Die Auseinandersetzung muß mit dem Ziel geführt werden, Klarheit darüber zu schaffen was für eine Tageszeitung wir brauchen, wie und mit welchen Mitteln verhindert werden kann das irgendwelche Redaktionen sich von der Basis verselbständigen. Wenn dies nicht die TAZ ist wovon ich erstmal ausgehe, so wird die Konsequenz sein das die Leser sich von ihr Abwenden und die Linke aus der Konkursmasse vieleicht etwas brauchbares aufbauen kann.

Ich bin nicht in jedem Fall gegen derartige Aktionen. Ich bin nur dagegen, wenn sie dazu geeignet sind die notwendige Auseinandersetzung zu umgehen. Der TAZ ist es sehr gut gelungen aus der Aktion politisches Kapital zu schlagen und eine eigene Stellungnahme zu ihrer Berichterstattung zu umgehen.
Noch konkreter: Sicherlich kann es sein, daß im Schanzenviertel mal eine Initiative sauer über einen Artikel ist, wie er im Schanzenleben steht. Mal abgesehen davon, daß bei uns jeder schreiben kann, sollte er sich an den jeweiligen Schreiber wenden und den gegebenenfalls über den Thresen ziehen. Beschließt jedoch das Initiativentreffen, daß die Zeitung eine für den Kampf im Stadtteil schädliche Rolle eingenommen hat und das sie deshalb beseitigt werden müsse, so hat sei allemal das Recht dazu, uns den Garaus zu machen.
Nur denke ich, daß dem eine Außeinandersetzung vorausgegangen ist, die nicht unbedingt bei den Mitgliedern der Redaktion, aber bei den Mitgliedern der Initiativen die notwendige Klarheit geschaffen hat, welche Art von Zeitung gebraucht wird.

P.G.

Falkland-Malvinen-Krieg

Der NATO-Imperialismus demonstriert seinen Anspruch auf Weltherschaft

Die Auseinandersetzung um die Falklands/Malvinen zeigt, wie schnell heute eine sog. "Krise" zur offenen Feldschlacht, zum Krieg führt. Diese Situation kann sich in einer beliebig anderen Weltgegend wiederholen, allerdings das nächste mal wohl weniger als ein "Betriebsunfall", also einer kriegerischen Auseinandersetzung im imperialistischen Lager selbst, sondern - in welcher konkreten Form auch immer - als Konflikt des NATO-Imperialismus mit dem Hauptfeind Sowjetunion bzw. ihm nahestehender Staaten. Solche "Krisenherde" sind Beispielsweise Lybien wie der Nahe und Mittlere Osten, Indochina oder der Karibikraum. Ein solcher "Konflikt" würde in ganz anderer Weise eskaliert und schnell auf andere Weltgegenden übergreifen.

Die Entwicklung um die Falklands/Malvinen widerlegt alle Behauptungen von einem "unkontrolliertem hineinschlittern" in oder "absurde" Kriege. Dieser "Konflikt" ist bewußt eskaliert worden, auf jeder erreichten Stufe der Auseinandersetzung wurde die nächst höhere als Druckmittel angedroht - und angewandt. Während noch "verhandelt" wurde, machte England mobil, endsandte seine Kriegsflotte, kam es zu ersten sporadischen Scharmützeln, offenen Gefechten. Auf jeder Stufe war die Drohung mit dem Krieg und seiner Eskalation ein bewußt eingesetztes Mittel der diplomatischen Kriegsführung. Das Ziel: die bedingungslose argentinische Kapitulation. Der Krieg ist also heute wie damals die **Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.**

Dies entlarvt auch die Lügen der Politiker, die Aufrüstung (auf konventionellem oder nuklearem Gebiet) diene nur der Abschreckung, diene der Friedenssicherung. Die Aufrüstung wird allein deshalb durchgeführt, der Politik gegebenenfalls auch dann mit militärischen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen, wenn die friedlichen Mittel versagen.

Anstelle seiner NATO-Partner, aber Letztendlich mit ihrer vollen Rückendeckung macht Großbritannien im Falkland-Konflikt deutlich, daß *"die ganze Welt Sache der NATO ist"* (US-Außenminister Haig) - auch wenn's um den letzten n Erdenwinkel geht. Diesen Anspruch unerbitlich gegen jeden Widerspruch durchzusetzen scheut der Imperialismus keine Kosten wie die milliarden verschlingenden Flottenmanöver und Militärexpeditionen in den Südatlantik beweisen.

Es geht nicht - wie z.T. behauptet- um vermutete Erdölvorkommen oder den Zugriff auf die Bodenschätze in der Antarktis. Die Kolonialzeiten sind vorbei, und der Imperialismus hat längst feinere Methoden entwickelt, politisch souveräne Länder, ihre Menschen und Bodenschätzee bis zum geht nicht mehr auszupressen. Geschossen wird für die Durchsetzung und Demonstration des allgemeinen Herschaftsanspruchs des NATO-Imperialismus, dafür, auch weiterhin jeden Flecken der Erde - und sei er noch so fern und unbedeutend - politisch unter Kontrolle zu halten. Dieser Herrschaftanspruch - im Jargon der NATO "weltweite Verantwortung" genannt - wird gegen jeden und überall durchgesetzt, sei es die Sowjetunion die Völker der 3. Welt oder auch eine zweitklassige subimperialistische Macht wie Argentinien. Dies ist im Mai auch noch einmal auf der Tagung der NATO-Außenminister bekräftigt worden - und das wird es noch einmal unter persönlicher Anleitung Reagans am 10.6. in Bonn.

Die NATO *"bezieht künftig das Eingreifen einzelner Partner in entfernten Regionen wie am Persischen Golf (US-Eingreiftruppe) oder bei den Falkland-Inseln in ihre Planungenein ...Nun wird der Begriff Verteidigung neu(?) definiert, indem man ihn als Angriffsmöglichkeit auf fremde Terretorien und weit entfernte Meere verstanden haben will-nach dem Motto 'Angriff ist die beste Verteidigung'"* (Weser - Kurier, vom 8.5.).

So neu ist das allerdings nicht. NATO-Staaten wie - allen voran - die USA, Frankreich, England, Belgien haben schon immer überall in der Welt interveniert, wenn westliche Interessen in Gefahr gerieten.

Die BRD hat bisher bei diesen Aggressionen die Rolle des sicheren logistischen Hinterlandes gespielt, eine Rolle, die zunehmend ausgebaut wird: So u.a. durch das kürzlich zeichnete 'Nations War Host Program', das logistische Unterstützung für eingeflogene US-Truppen vorsieht, durch die vorgesehene militärische Nutzung vieler Zivilflughäfen, durch den Ausbau der Startbahn-West in Frankfurt als Truppenumschlagplatz für die USA Richtung Naher Osten.

Neu und immer stärker gefordert ist aber eine direktere Beteiligung des westdeutschen Kriegsapparates an der weltweiten Aufrechterhaltung der imperialistischen Ordnung, konkret u.a. Vorbereitung und Beteiligung der BRD an Interventionen im Nahen Osten. Dazu gehört auch die kürzlich erfolgte Ausdehnung des "Wirkungsbereichs" der BRD-Marine in den Nordatlantik.

Erst vor wenigen Wochen beteiligten sich BRD-Kriegsschiffe an See- und Landemanövern der US-Marine in der Karibik - das auf dem Hintergrund der unzweideutigen US-Interventionsdrohungen und -ankündigungen gegen Kuba und Nicaragua.

Daß dieser Krieg noch "Kontroliert" abläuft und nicht die ganze Vernichtungskraft der imperialistischen Kriegsmaschine voll zum Einsatz kommt, ist allein dem Umstand zu verdanken, daß es sich bei Argentinien um einen "befreundeten Staat" handelt. Man stelle sich vor, anstelle Argentiniens sei ein der Sowjetunion nahestehender Staat oder gar sie selbst in diesen Konflikt "verwickelt". Die Falklands wären wahrscheinlich längst in einen Tiefseegraben verwandelt, der Krieg weltweit eskaliert.

Als "absurd" oder "sinnlos" erscheint dieser Krieg ja nur deshalb einigen Leitartiklern der bürgerlichen Presse weil er gegen den "Falschen" geführt wird.

Denn Argentinien hat sich ja bekanntlich in der Vergangenheit sehr um die "Werte der westlichen Welt" verdient gemacht, die Freiheit des Besitzes und der Investition verteidigt, nicht nur im eigenen Land, sondern mit eigenen Truppenkontingenten Beispielweise auch in El Salvador, hat für die westlichen Freiheiten die eigene Bevölkerung total ausgepowert und tausende Kommunisten und andere Verdächtige massakriert.

In Worten wurde es deshalb manchmal der Verletzung der Menschenrechte beschuldigt. In Taten wurden diese Leistungen anerkannt und belohnt. Belohnt mit Flugzeugträgern aus England, Zerstörern aus den U-Booten und Fregatten aus der BRD, Flugzeugen aus Frankreich, England und USA, diversem Kleinmaterial aus Israel. Die westdeutsche Atomindustrie steuerte gleich noch Geschick und Anlagen zum Bau der argentinischen Atombombe bei.

Dafür erwartet der Imperialismus allerdings auch, daß man sich an die ihm zugewiesene Rolle hält, - nämlich in seiner Region - gewissermaßen als Subunternehmer für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Argentinien ist aus dieser ihm zugedachten Rolle in einem Part ausgebrochen, hat die Waffen "mißbraucht" - und wird dafür jetzt kompromißlos in die Schranken zurück gebombt.

Das grundlegend gleiche Interesse Argentiniens und Großbritanniens an der Aufrechterhaltung derselben Ordnung, garantiert allerdings, daß der Konflikt bald beigelegt sein wird, einige Köpfe in der faschistischen Junta ausgetauscht werden und Argentinien seine alte Rolle wieder übernimmt. Beide Staaten werden dann ihre Schiffe und Soldaten ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zuführen, der Bedrohung und Bekämpfung des inneren und äußeren Feindes, der weltweiten kommunistischen Gefahr.

Wenn der Konflikt um die eine Probe darauf ist, wie leicht oder schwer heute chauvinistische, kriegsbegeisterte Leidenschaften hochzupuschen sind, dann sieht das Ergebnis in beiden Ländern mehr als nur bestürzend aus.

In beiden Ländern ist es offensichtlich innerhalb kürzester Zeit gelungen, eine Massenbegeisterung für den krieg zu erzeugen, die selbst in "Linke" Kreise reicht - und das von Regierungen, die beide "ihre" Völker bis Blut aussaugen - für Argentinien gilt das in der direkten Bedeutung des Wortes. Um das zu erreichen genügen heute immer noch solche Blödsinnigkeiten wie "Vaterland", "Ehre der Nation" oder ähnlicher Schmus aus der chauvinistischen Klamottenkiste. Es ist erschreckend zu sehen, wie Beispielsweise große Teile der englischen Bevölkerung bereit sind, für ein paar öde Eilande den "Heldentod" auf dem "Felde der Ehre" zu sterben. Das läßt ahnen, wie hoch erst die chauvinistischen Wogen schwappen werden, wenn es für's "Vaterland" gegen den Kommunistischen Erzfeind geht.

Autonome Gruppe Schanzenviertel



Kampfflugzeug "Super Etendart" aus Frankreich und "Exolet"- Rakete mit MBB-Suchkopf

HDW-Angebot

TAZ 19. Mai

Die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG bietet derzeit in diversen amerikanischen Zeitungen den U-Boot-Typ HDW "2000" zum "Ausprobieren" an. HDW-Vorstandssprecher Henke hat bereits letztes Jahr in einem Brief an das US-Kriegsministerium vorgeschlagen, HDW-U-Boote - der Stückpreis liegt bei 315 Millionen DM - bei Nichtgefallen für 75 Prozent der ursprünglichen Kosten zurückzunehmen. Die HDW-Geschäftsleitung möchte mit dem außerordentlichen Angebot in engere Beziehungen mit der US-Navy kommen. Ein reges Interesse soll angeblich schon bestehen, weil der U-Boot-Typ mit amerikanischen Waffen und amerikanischer Technik bestückt ist.

Bonn 10.6.

Für eine Demonstration auf der Linken Rheinseite!

Am 10.6. wird es in Bonn verschiedene Sammelpunkte für Demonstrationen geben, von denen nur einer - in der Thomas-Mann-Straße - auf der linken Rheinseite liegt. Hier sollen sich - nach der bisherigen Planung - auch nur die aus Bonn bzw. der näheren Umgebung kommenden Demonstraten treffen, um dann auf dem kürzesten Weg über die Kennedy-Brücke auf die rechte Rheinseite überzuwechseln.

Wir lehnen dies ab, weil es von vorherein unser Recht preisgibt, dort zu demonstrieren, wo das Ziel unseres Protestes ist: Der NATO-Gipfel im Regierungsviertel auf der linken Rhein-Seite. Es paßt in das Konzept der Polizei - die schon jetzt durch zahlreiche Auflagen versucht, die Demonstration massiv zu behindern - wenn wir freiwillig fernab vom NATO-Gipfel rechtsrheinisch in Bonner Vororten demonstrieren.

Viele Gruppen und Menschen der wegung wollen dagegen ihre Betroffenheit und ihren Protest möglichst nahe am Ort des Gipfeltreffens ausdrücken.

Das würde eine Demonstration auf der linken Rheinseite, durch die Bonner Innenstadt, entlang der Bannmeile um das Regierungsviertel herum, ermöglichen. Die Thomas-Mann-Straße wäre weiterhin Sammelpunkt für diese Demonstration.

Wirhaben deshalb den Koordinationsausschuß für die Bonner Demonstration aufgefordert, umgehend bei der Polizei eine Route um das Regierungsviertel entlang der Bannmeile anzumelden. Ein entsprechender Antrag wurde eingereicht.

Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß die Polizei eine solche Route nicht genehmigen wird. Für diesen Fall sollten wir schon jetzt unser mögliches Verhalten überall tieren und - soweit dies möglich ist - bestimmen.

Grundsätzlich halten wir es für richtig, auch dann weiterhin an unserem Entschluß - linksrheinisch möglichst nahe zum Regierungsviertel zu demonstrieren - festzuhalten. Unter Berücksichtigung des konkreten Kräfteverhältnisses sollten wir versuchen, dies durchzusetzen. Die endgültige Entscheidung über unser Vorgehen können wir gemeinsam am 10.6. fällen.

Auf jeden Fall: Alle, die in Bonn linksrheinisch demonstrieren wollen, treffen sich am 10.6. in der Thomas-Mann-Straße, Nahe dem Bonner Hauptbahnhof.

Diskutiert die in allen Gruppen - die Zeit ist knapp

Autonome Gruppe Schanzenviertel, c/o BUU-Hamburg
Bartelstr. 26, 2 Hamburg 6

Die NATO-Nachrüstung beginnt!

Der sogenannte NATO-Doppelbeschluß sah einerseits Verhandlungen mit der UdSSR über die Verringerung der Mittelstreckenraketen vor und nach ihrem Scheitern die Aufrüstung der NATO mit Cruise Missiles und Pershing II ab 1983.

Während die erste - für die Öffentlichkeit bestimmte Phase des Beschlusses noch gar nicht abgebrochen ist, hat die zweite - die Aufrüstung schon begonnen: die Frankfurter Rundschau (vom 14.5.) berichtete, daß in der Eifel und im Hunsrück bereits mit Planierungsarbeiten und dem Bau von Rampen begonnen worden ist.

Schon Reagans Verhandlungsvorschlag (die sogenannte "Nulloption"), der das Angebot an die Sowjetunion beinhaltet, alle Mittelstreckenraketen zu verschrotten, wofür, als "Gegenleistung" sich die NATO keine neuen zulegt, beweist, daß die NATO gar keine ernsthaften, gleichberechtigten Abrüstungsverhandlungen will. Das zeigen auch die schon begonnen Baumaßnahmen für die NATO-Raketen.

Der NATO-Doppelbeschluß hat zwei Teile: "Verhandlungen" für die Öffentlichkeit, deren vorprogrammiertes Scheitern dieser Öffentlichkeit zeigen soll, daß man im Umgang mit den "Russen" eben nur mit dem zweiten Teil zu brauchbaren Ergebnissen kommt: den Raketen.

Reagan-Thatcher-Schmidt wir machen eure Kriege nicht mit!

Mittelstreckenraketen und Kriegsgefahr

Die NATO-Gipfelkonferenz am 10.6. in Bonn steht unter dem Zeichen der neuen NATO-Strategie nach dem Motto der "Sieg ist möglich" . Besonders die geplante Stationierung der Mittelstreckenraketen hat viele Hunderttausend Menschen aufgerüttelt. Denn es besteht die Gefahr, daß die USA mit Hilfe der neuen Raketen einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion führen, der ganz Europa zerstören würde.
Durch diese Möglichkeit, mit Hilfe der Mittelstreckenraketen jederzeit einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion führen zu können, will sich die NATO aber auch die Voraussetzungen dafür schaffen, ungehindert in der Dritten Welt intervenieren zu können. Für diese Interventionskriege werden von der NATO massive Vorbereitungsmaßnahmen auch auf konventioneller Ebene (also in Bezug auf nicht atomare Waffen) getroffen.

Das "NATO-Langzeitprogramm"

Das sogenannte "NATO-Langzeitprogramm" wurde 1978 beschlossen. Es beinhaltet ein umfassendes Aufrüstungsprogramm, das der damalige US-Kriegsminister Brown mit der Notwendigkeit begründete, daß *"nicht viel Zeit zur Vorbereitung"* eines Krieges bleibt. Abgesehen davon, daß die NATO die Anschaffung von Unmengen von Panzern, Bombern und Fregatten und die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen beschloß, geht es in dem Programm um eine genaue Festlegung der NATO-Strategie im "Krisen-" bzw. Kriegsfall: Hierbei geht es der NATO darum, die Voraussetzungen zu schaffen für ein Eingreifen inder 3.Welt, besonders im Nahen Osten. Diese Interventionen sollen wegen der kürzeren Entfernung von West-Europa aus geführt werden. Ein Eingreifen soll z.B. dann erforderlich sein, wenn die NATO-Staaten die Lieferung von Rohstoffen (Erdöl etc.) aus der 3. Welt gefährdet sehen.

Aktive Beteiligung der BRD am Völkermord in der 3. Welt

Wie schnell die westlichen Länder dazu bereit sind, ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen um jeden Preis durchzusetzen, zeigen Beispiele wie Vietnam, El Salvador und der Falkland-"Konflikt". Dabei wird der Mord an Millionen Menschen rücksichtslos hingenommen.
An dieser Völkermordpolitik sollen wir jetzt auch aktiv beteiligt werden.
Verteidigungsminister Apel gab auf der NATO-Konferenz letztes Jahr in Brüssel zu Protokoll, daß die BRD militärische Operationen im Nahen Osten oder in anderen Krisengebieten unterstützen werde, wenn sogenannte "westliche Interessen" berührt seien.
Konkret haben sich die NATO-Staaten, einschließlich der BRD dazu verpflichtet:
– Überflugrechte für US-Maschinen mit Kampftruppen zu gewähren; ihre Waffen- und Treibstoffdepots zu öffnen;
– Flugplätze und Häfen für den Umschlag von Nachschubgüternzur Verfügung zu stellen;
– Reservisten einzuberufen, wenn die US-Army Einheiten aus Europa abzieht.

Krieg im Nahen Osten bedeutet Krieg in West - Europa

Die NATO-Strategen rechnen damit, daß ein Krieg im Nahen Osten dazu führen kann, daß auch West-Europa zum Kriegsschauplatz wird. (Die angegriffenen Länder könnten versuchen, die Nachschub-Basen der NATO zu zerstören.)
Ein Eingreifen der NATO im Nahen Osten bedeutet für uns also folgendes:
200.000 Männer werden aus ihren Arbeits- und Lebenszusammenhängen gerissen und als Soldaten einkaserniert; Flugplätze und Häfen werden für militärische Zwecke umfunktioniert (allein die Zahl der amerikanischen Kampfflugzeuge in der BRD soll verdreifacht werden); die US-Truppen in der BRD werden von 300.000 auf 600.000 Soldaten verstärkt; Panzer rollen durch die Straßen...

In der 3. Welt werden ganze Völker vernichtet, und letztendlich führt das alles auch dazu, daß in West-Europa Krieg herrscht, Menschen und Städte durch Bomben zerstört werden.

Die Nato-Startbahn West

Solche Kriege können wir nur verhindern, wenn wir schon jetzt die Maßnahmen der NATO als Kriegsvorbereitung begreifen. Neben dem Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen ist deshalb z.B. auch der Kampf gegen die Startbahn West in Frankfurt besonders wichtig.
Denn die Startbahn dient vor allem der Erweiterung des US-Luftwaffenstützpunktes Rhein-Main- Air Base. Sie hat die Aufgabe, im "Krisenfall" US-Truppen und Kriegsmaterial möglichst schnell in die BRD und von hier aus in den Nahen Osten schaffen zu können. Weil die Kapazität der Air Base und des Frankfurter Flughafens für ihre mörderischen Projekte nicht ausreicht, soll die Startbahn West gebaut werden. Mit ihrer besonderen Länge von 4 km wird sie auch die großen US-Truppentransportmaschinen (Galaxy C5) aufnehmen können.

US-Truppen in der Garlstedter Heide

Ein anderer Punkt ist die Stationierung von US-Truppen und Kriegsmaterial in der Garlstedter Heide (Südlich von Bremen), gegen die dort schon seit Jahren ein breiter Widerstand läuft.
Die dort stationierte Brigade 75 ("Hell on Wheels") ist Basistruppe einer US-Division, die in Texas stationiert ist, im "Krisen"-fall eingeflogen wird und hier ihr Kriegsgerät vorfinden soll. Dazu sollen noch weitere Depots für ca. 40.000 Soldaten gebaut werden; ein Panzergleis wird gebaut; und voraussichtlich werden dort auch die neuen Mittelstreckenraketen Cruise Missile stationiert .

Diskussions- und Informationsveranstaltung am Freitag den 4.6. um 20 Uhr im Buntbuchverlag [Susannenstr. / Ecke Bartelstr.]

Über die Hintergründe der Startbahn West und der Baumaßnahmen in der Garlstedter Heide; über den Widerstand, der sich dagegen entwickelt hat, wollen wir auf unserer Veranstaltung am 4.6., 20h im Buntbuch-Verlag genauer informieren.
Die Friedensbewegung richtet ihren Widerstand zur Zeit fast ausschließlich gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Der Kampf gegen solche und ähnliche NATO - Kriegsprojekte ist bislang hauptsächlich von den örtlichen ansässigen Gruppen getragen worden. Wir wollen auf der Veranstaltung eine Diskussion darüber führen, ob und wie wir diese regionalen Kämpfe in unseren pf gegen die Mittelstreckenraketen mit aufnehmen können; welche Bedeutung diese Kämpfe für uns haben; ob die Gefahr besteht, daß wir uns verzetteln und damit die einheitliche Stoßkraft der Friedensbewegung schwächen usw.

Am 10.6. auf nach Bonn!

Eins ist jedenfalls klar. Die Kriegsvorbereitungen laufen auf Hochtouren; die Mittelstreckenraketen sollen 1983 stationiert werden; die NATO trifft sich am 10.6. in Bonn, um alles zu besprechen. Der übelste Kriegshetzer, US-Präsident Reagan, wird anwesend sein....
Wir meinen: jeder Mensch, der den Krieg fürchtet, ist aufgerufen, am 10.6. nach Bonn zu fahren, um die Verantwortlichen mit unserem entschdenen Protest zu konfrontieren.

Arbeitsgruppe Startbahn-West der Friedensinitiative Schanzenviertel

Demonstration gegen NATO-Kriegspolitik und Reagan-Besuch in Berlin

Der diesjährige NATO-Gipfel wurde auf Drängen der USA nach Bonn verlegt. Der US-Präsident Reagan wird persönlich daran teilnehmen und vor dem Bundestag sprechen, bevor er in Begleitung von Haig, Schmidt und Genscher Berlin besuchen will.
Die Demonstration, die für den 10.6. in Bonn geplant ist, wird die Antwort von mehreren 100 000 Menschen sein, die die Verlegung des NATO-Gipfels und die Anwesenheit Reagans in einer Zeit, wo die USA unverhohlen Kriegsvorbereitungen treffen, als offene Provokation empfinden..

Reagans Besuch in Bonn ist von seiner Berlin-Visite nicht zu trennen: beide zusammen stellen den Versuch dar, die absolute Bündnistreue der BRD propagandistisch zum Ausdruck zu bringen bzw. sicher zu stellen. Diese ist für die USA von so entscheidender Bedeutung, weil die BRD zur sten US-Militärbasis geworden ist. Sie dient ihnen sowohl als Einfallstor und Startrampe für die Kriege gegen die Völker der 3.Welt - insbesondere im Nahen Osten und Afrika - , als auch als Angriffsbasis gegen die Staaten des Warschauer Pakts. Darüber hinaus nimmt die BRD als starke imperialistische Macht in genauer Abstimmung mit den USA selbst aktiv teil an der Sicherung und dem Ausbau des imperialistischen Machtbereichs.
Die NATO-Führungsspitze will deshalb hier und jetzt Stärke demonstrieren, will zeigen, daß sie über den wachsenden Widerstand in der BRD hinweg entschlossen ist, von hier aus ihre weltweit schwindenden Machtpositionen gewaltsam zurückzuerobern.
Um so wichtiger ist es für uns, an dieser Stelle den Herrschenden zu zeigen, daß sie mit uns rechnen müssen, daß wir eine politische Kraft sind, bereit, den Kampf weiter zu führen und ihrem Zusammenrücken unsere Geschlossenheit entgegenzusetzen, mit dem Ziel, das System imperialistischer Herrschaft und Unterdrückung hier anzugreifen und zu zerschlagen.
Deshalb rufen wir zu einer nationalen Demonstration am 11.6. in Berlin auf.. Wir wollen die Propagandaschau des US-Präsidenten und seines Generals in dieser Stadt verhindern.
West-Berlin symbolisiert am deutlichsten, welche Rolle die BRD insgesamt für die NATO-Strategie hat bzw. haben soll:
seit der Ära des kalten Krieges ist West-Berlin als Frontstadt anti-kommunistische Operationsbasis und Spionagenest der Alliierten imperialistischen Mächte unter Führung der USA. Abgesichert durch die Präsenz der alliierten Streitkräfte und die Aufrechterhaltung des Besatzungsstatus kontrollieren die Militärs die Politik des Senats genau so nahtlos wie etwa das Vorgehen und die Einsätze der Berliner Bullen gegen den Widerstand dort. Die gleichen 'special die als erste US-Truppen in Vietnam waren und heute die Mordoperationen gegen das salvadorianische Volk leiten, bereiten sich durch Straßenkampfübungen in Stadtteilen wie Kreuzberg und Wedding auf ihr direktes Eingreifen vor.
Politisch-propagandistisch wurde West-Berlin so zum "Schaufenster des Westens" erklärt, zur "Enklave der Freiheit", wo die Bevölkerung "froh und stolz ist, besetzt zu sein". Die Stadt wurde zum Testfall für die Standfestigkeit und den Zusammenhalt des europäisch-amerikanischen Bündnisses.
Das wollen Reagan und Haig mit ihrem Besuch erneut unter Beweis stellen, unterstützt von einer seit Monaten von den Medien angekurbelten Propaganda-Kampagne, die die jubelnden Berliner Massen an diesem Tag auf die Starße holen will.
Aber gerade in West-Berlin haben sich die sozialen Kämpfe in den vergangenen 2 Jahren trotz beispielloser Repression auf der einen und intensiver sozialdemokratischer Integrationsversuche auf der anderen Seite ständig verschärft. Es zeichnete sich ab, daß in der Entwicklung von massenhaften Hausbesetzungen und militanten Straßenschlachten auch amerikanische Einrichtungen und Militäranlagen Ziel militanter Angriffe wurden. Einen vorläufigen Höhepunkt darin stellte die Anti-Haig-Demo dar, als Haig im letzten September gezwungen war, vor den Augen der Weltöffentlichkeit durch die hermetisch abgeriegelten Strassen West-Berlins zu fahren und es zu stundenlangen Straßenkämpfen Tausender Demonstranten gegen die Bullen kam.
Wir wollen am 11.6. in Berlin an die Stärke dieser Demo anknüpfen, an dem Tag, wo "die Vereinigten Staaten an der Spree Flagge zeigen" werden, um eben auch diese Entwicklung endgültig zurück zu drehen. Die Demonstrationen in Bonn und Berlin werden zeigen, daß es in der Metropole BRD, diesem Stützpfeiler der NATO, Widerstand gibt, daß wir mehr und stärker werden und in der Lage sind, anzugreifen.

Für eine starke Demo am 11.6.in Berlin!

NATO zerschlagen - Yanks und BRD-Kapital verjagen!

Termine

Termine während der Anti-Nato-Woche zur Diskussion und Vorbereitung der Demo in Berlin:

Mittwoch,2.6.
" Friedensbewegung und Antiimperialistische Bewegung ", Diskussionsveranstaltung

Veranstaltung: Frauen gegen den Krieg und einzelne Autonome, 19.00, Gemeindehaus, Hellkamp 68

Montag, 7.6.:

abschließendes Informations- und Vorbereitungstreffen zur Anti-Nato-Demo am 11.6. in Westberlin

Veranstaltung: verschiedene Autonome und Antiimperialistische Gruppen, 19.00,

Koordination für die Demo am 11.6. in Berlin:
Öko-Laden, Turnerstr. 9, 2000 HH 6, Autonome und Antiimperialistische Gruppen Hamburg.

Wie Reagan die Sowjetunion abrüsten will...

Rechtzeitig zu seinem Westeuropa-Trip hat US-Präsident Reagan einen neuen "Abrüstungsplan" diesmal für die strategischen Waffen - die Interkontinentalraketen - vorgelegt. Diese **"START"** genannten Verhandlungen sollen nach dem Willen der USA möglichst schon im Juni mit der Sowjetunion beginnen.
So einstimmig und begeistert wie bisher jeden Aufrüstungsvorschlag gegen den feind, die Sowjetunion, stimmten jetzt alle Bonner Parteien diesem neuen Vorschlag zu, diese Zustimmung reicht von der SPD bis hin zur CSU.
Das liegt vorallem daran, daß es sich keineswegs um Abrüstungsschritte auf einer **gleichberechtigten** Ebene handelt, bei der beide Seiten in gleichem Maße abrüsten, sondern von der Sowjetunion höchst einseitige Abrüstungsschritte verlangt werden. Am Ende dieser "Abrüstung" Reaganscher Art hätte sich das militärische Kräfteverhältnis weiter zugunsten der NATO/USA verschoben.
Das ist natürlich ganz nach dem Geschmack der Bonner NATO-Parteien.
Das es sich bei dem US-Vorschlag nicht um eine wirkliche Abrüstung auch der US-Waffen handelt, sagte Reagan selbst. Unmißverständlich stellte er gleich zu beginn seiner "Abrüstungsrede" klar, von wem die *"größte Bedrohung für den Frieden"* ausgehe und was dementsprechend abzurüsten ist: *"das wachsende Zerstörungspotential der massiven sowjetischen Raketen-Aufrüstung". halb ist es unser Ziel, die Abschreckung zu verstärken"*, also aufzurüsten - ein wahrhaft einmaliger "Abrüstungsvorschlag".
Im einzelnen sieht das so aus:

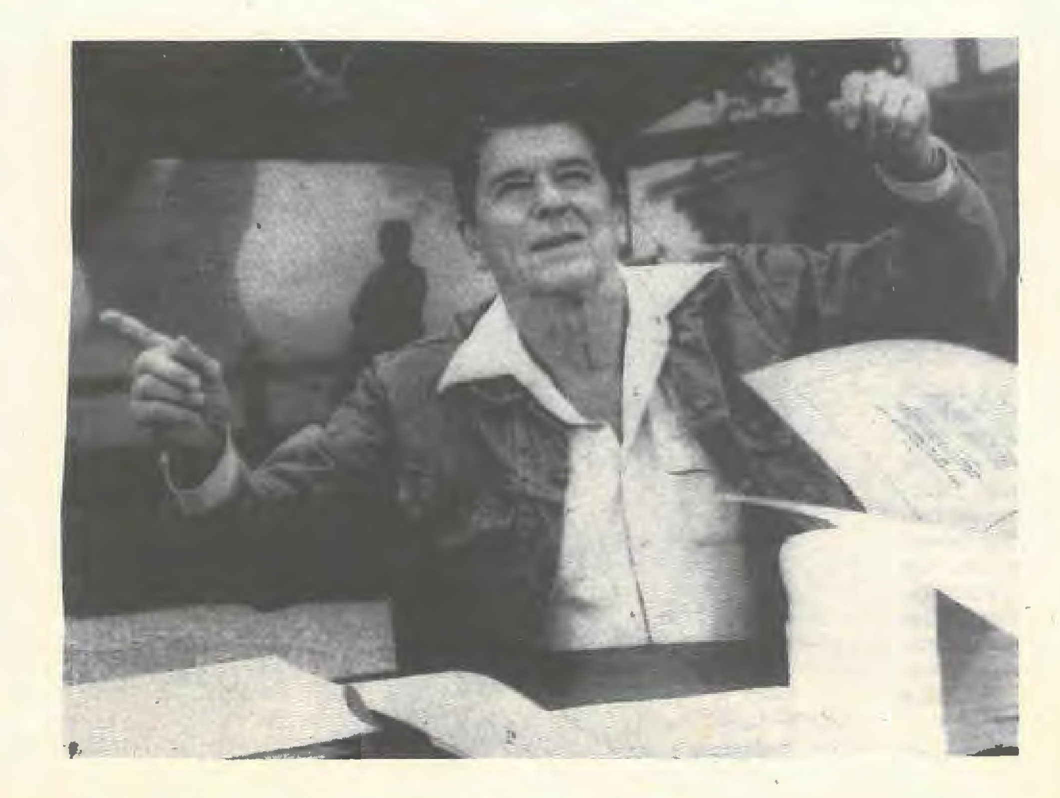
– In einer ersten Phase der Verhandlungen soll die Anzahl der Sprengköpfe der Interkontinentalraketen zu Land, Wasser und Luft um ein Drittel vermindert werden. Bei einem ungefähren Gleichstand von je 7 500 Sprengköpfen müßten also von beiden Seiten ca. 2 500 Sprengköpfe verschrottet werden.

– Diese Abrüstung ist aber nach Reagan derart vorzunehmen, daß auf dem Land höchstens 2 500 Sprengköpfe verbleiben dürfen. Hier liegt der erste Hasenfuß, denn diese Bedingung bringt eine erhebliche "Benachteiligung" für die Sowjetunion mit sich, die sie schwerlich akzeptieren kann. Denn anders als die USA hat die UdSSR rein zahlenmäßig ihre Raketenstreitmacht auf dem Land stationiert - nach amerikanischen (!) Angaben 5 500 Sprengköpfe gegenüber 2 125 der USA (nach "Arbeiterkampf", Nr. 221) - und müßte also um mehr als die Hälfte (insgesamt 3 000) abrüsten, gegen die USA sogar noch aufrüsten

– Außerdem zwänge dieser Vorschlag die Sowjetunion, das "Herzstück ihrer Abschreckungsmacht", ihre modernsten Raketen, die SS 18 und SS 19 zu verschrotten. Daß es gerade um diese Raketen geht, wird von der US-Regierung auch gar nicht bestritten (siehe unter anderem, Frankfurter Allgemeine vom 11.5.). Denn die USA hätten davon einen erheblichen Vorteil, weil die UdSSR den USA auf See oder in der Luft eindeutig sowohl in der Zahl als auch Qualität der Raketen weit überlegen ist. Nach dieser "Abrüstung" bestände also ein noch größeres qualitatives und quantitatives Ungleichgewicht zugunsten der USA.

– In einer zweiten Phase der Verhandlungen soll dann das Wurfgewicht der Sprengköpfe (das ist die Spreng- und Vernichtungskraft, die sie besitzen) auf eine Obergrenze beschränkt werden. Auch dies zielt eindeutig auf eine Benachteiligung der UdSSR: Denn sie versucht gerade durch die höhere Sprengkraft ihrer Raketen die bisher unerreichte Treffgenauigkeit amerikanischer Raketen auszugleichen. Würde sie sich hier im Sinne Reagans einigen, nähme sie einen bedeutenden militärischen Nachteil in Kauf.
Der amerikanische Außenminister Haig sagt selbst, daß es gar nicht darum geht in gleich en Maßen abzurüsten, sonder die USA von der Sowjetunion höhere Abrüstungsschritte verlangen: Reagans Vorschläge *"seien hart und es wird gewiß nicht einfach für die Sowjets sein, sie anzunehmen"* (nach Frankfurter Allgemeine, vom 13.5.).
Denn gleichzeitig halten die USA an der weiteren Aufrüstung und Modernisierung ihrer strategischen Waffen gegen die Sowjetunion fest: *"Daß das Vorhaben des Präsidenten* (die "Abrüstungsverhandlungen" die Red.) *Amerika sowohl die Ersetzung der 'Minuteman' - Raketen durch die neue, bewegliche 'MX', als auch die Beschaffung der beiden neuen Fernbomber - Muster 'B1' und später der 'Stealth' und der modernisierten 'Trident' - Raketen für seine Atomunterseeboote ermögliche, sei klar"* (Frankfurter Allgemeine vom 11.5.)Überhaupt nicht zur Debatte stehen Erstschlagwaffen wie die sogenannten Marschflugkörper, die als die "Waffen der Zukunft" angesehen werden und von den USA zu Tausenden gebaut werden sollen.
So hat der Reagan-Vorschlag mit einer wirklichen Abrüstung absolut nichts zu tun; vom Abrüstungsteil ist allein die Sowjetunion betroffen, während die USA bzw. NATO r aufrüsten wollen - eine Perspektive, die die helle Begeisterung aller Aufrüstungsfanatiker in den westdeutschen Parteien hervorruft. Außerdem läßt sich für sie bestens das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden: Alle Politiker und die gesamte staatstreue BRD-Presse kriegt es ja mal wieder fertig, Reagans Vorschlag als ernsthaften Abrüstungsvorschlag zu verkaufen und Reagan als nunmehr geläuterten Friedenspolitiker darzustellen. Nun müßten aber die "Sowjets" ihrerseits mitziehen und auch abrüsten. Tun sie das nicht - was ja zu erwarten ist - hat man sich schon heute die "Begründung" für die weitere "westliche" Aufrüstung geschaffen. An dem grundsätzlichen Ziel der amerikanischen Politik, durch eine gigantische Aufrüstung die absolute Überlegenheit über die Sowjetunion zu erreichen, um sie erpreßbar zu machen, hat sich nichts geändert. Reagans Vorschlag ist das ernstgemeinte Angebot der USA an die Sowjetunion, freiwillig abzurüsten. Weil sich aber die US-Regierung darüber im klaren ist, daß die UdSSR wohl kaum bereit sein wird, freiwillig das Kräfteverhältnis weiter zu ihren Ungunsten zu verändern, rüsten die USA eben weiter auf, um die Sowjetunion entweder friedlich oder auch militärisch dazu zu zwingen.

Autonome Gruppe Schanzenviertel



Reagans Abrüstungsprogramm für die UdSSR im Orginalton:
"Die westliche Welt wird den Kommunismus nicht eindämmen. wie wird ihn überleben.
Wir werden uns nicht damit abgeben, ihn anzuprangern, wir werden uns seiner entledigen"
(Ansprache in der Notre-Dame-Universität am 17.5.1981)

BRD-Rüstungsexporte: Affengeile Raketen

... zu diesem begeisterten Urteil kam der argentinische Militärsprecher, als er die Versenkung einer britischen Sheffield-Fregatte durch eine "Exocet" - Rakete bekanntgab. Den durchschlagenden Erfolg verdankt die Rakete einem westdeutschen Suchkopf, produziert von Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), der sein Ziel selbstständig ansteuert und gegen elektronische Störsignale praktisch immun ist. Der Rest der Rakete stammt aus französischen Waffenfabriken. Wenns irgendwo in der Welt knallt, faschistische Regimes Bauern massakrieren, Demonstranten zusammenschießen, ein kleiner Krieg ausbricht oder gerade vorbereitet wird - Waffen 'Made in West - Germany' sind fast immer dabei. Argentinien, eines der finstersten faschistischen Regimes, in dem in den letzten Jahren 15 000 Menschen spurlos "verschwanden", zählt dabei zu den besten Kunden westdeutscher -tion. Noch während des Höhepunktes des Falkland/Malvinen - Krieges hob Kanzler Schmidt die besonders guten Handelsbeziehungen zwischen Argentinein und der BRD hervor - und das gilt gerade für den Waffenhandel: Zumindest beunruhigend für die englische Flotte sind neben der deutsch/französischen "Exocet" - Rakete auch die 1 285 - Tonnen schweren U - Boote der argentinischen Flotte, die bei HDW in Kiel gebaut wurden und durch ihre hohe technische Qualität auch englischen Schiffen gefährlich werden können. Diese U-Boot-Geschäfte wurden übrigens vom damaligen Bürgermeister H.U. Klose eingefädelt. Neben diesen Großlieferungen wurden zahlreiche Waffengeschäfte getätigt.
Wenn jetzt Argentinien auch diese BRD-Waffen ausgerechnet gegen den engen Verbündeten der BRD - England - auf dem Schlachtfeld einsetzt, so ist es das der westdeutschen Rüstungsindustrie bestimmt nicht unwillkommen, wie mancher zunächst glauben mag: Denn Kriegsmaterial ist nun mal zum Kriegführen da und jeder Waffengang garantiert verstärkte Nachfrage und tere Aufträge, denn die angegriffenen Arsenale müssen wieder aufgefüllt werden.
So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß zwar **kurzfristig** ein BRD-Exportverbot gegen Argentinien ausgesprochen wurde, nicht aber ein Baustop oder eine Aufkündigung der Verträge über schon bestellte neue Waffen. Auf den westdeutschen Werften wird deshalb munter weitergebaut: Bei Blohm&Voß sind es vier hochmoderne Fregatten, deren Elektronik übrigens - 'Made in England' - gerade laut "Spiegel" von einigen Dutzend englischen Spezialisten installiert wird. Dazu kommen noch Teile für sechs Korvetten, die von Argentinien im Eigenbau zusammengefügt werden. Bei den Thyssen-Nordseewerken in Emden entstehen gerade zwei U-Boote und Zulieferungen für vier weitere.
Das Geschäft blüht also und verspricht mit dem Krieg nur noch lukrativer zu werden.
Insgesamt werden gegenwärtig für rund vier Milliarden DM Schiffe für Argentinien gebaut – 19 79 betrug dazu im Vergleich der **gesamte** BRD-Rüstungsexport (inclusive NATO-Staaten) offiziell ganze 1,5 Milliarden DM. Natürlich liegen die wirklichen Zahlen weitaus höher, da z.B. produktionen (von denen es mit Frankreich z.B. sehr viele gibt) oder auch Einzelteilfertigungen, die dann im Empfängerland zusammengeschraubt werden, gar nicht mitgezählt werden.
Der BRD-Staat ist einer der größten Waffenexporteure der Welt.
Geliefert wird in alle Welt und an jeden, ob nun an die faschistische Junta in der Türkei, Argentinien, Chile oder an vergleichbare Staaten in Asien und Afrika. Dabei ist der Rüstungsexport heute nicht einfach nur ein lohnender Absatzmarkt für eine e Waffenlobby, sondern gerade auch ein politisches Instrument in der Außenpolitik des BRD-Staates. Denn nicht jeder Staat kommt in den Besitz westdeutscher Waffen, zwei Bedingungen müssen schon erfüllt sein: Erstens muß er im Inneren gegen die Bevölkerung - egal mit welchen Methoden - mit diesen Waffen für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verhältnisse sorgen, von en gerade die BRD-Konzerne weltweit so profitieren. Zweitens wird auch in der Außenpolitik ein strammer antikommunistischer Kurs verlangt.
Daß diese Prinzipien auch eingehalten werden, darüber wacht die Regierung in Bonn, denn jeder Kriegswaffenexport wird von ihr auf die Vereinbarkeit mit den "außenpolitischen Interessen der BRD" geprüft und erst dann genehmigt.
Neben diesen allgemeinen Zielen verschafft sich die BRD natürlich durch den Waffenexport in diese Staaten einen größeren Einfluß bei der Verfolgung ihrer ureigensten Interessen, der auch beim Abschluß "friedlicher" Geschäfte positiv für die BRD-Konzerne durchschlägt.
Den Rüstungsexport so auch zu einem politischen Instrument in der Außenpolitik entwickelt zu haben, ist vor allem ein "Verdienst" der Sozialdemokratie. Waren glich Waffenexporte außerhalb der NATO-Staaten gesetzlich stark erschwert, wurden in der Praxis diese Bestimmungen nie eingehalten, die Ausfuhren in Staaten der 3. Welt ständig erhöht, für "verbotene" Exportein sogenannte "Spannunggebiete" erteilte die Regierung am laufenden Meter "Sondergenehmigungen".
Anfang Mai wurden auf Betreiben der SPD neue Export-Richtlinien in Kraft gesetzt, die nun auch die letzten verbliebenen Hindernisse und Rücksichtnahmen beim Waffenexport beseitigt haben: Der Begriff des "Spannungsgebiets" entfällt ganz, es kann überall dorthin exportiert werden, wo *"vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der nisinteressen (der NATO) dafür sprechen"*.
Hier wird deutlich formuliert, daß die BRD als Großmacht ihre eigenen außenpolitischen Interessen wie die aller übrigen NATO-Staaten der Aufrechterhaltung der Ausbeutungsverhältnisse vor allem in der 3. Welt in Zukunft verstärkt auch mit dem Mittel des Rüstungsexports verfolgen wird.
So schwärmt ein CSU-Politiker für diese neueste Errungenschaft der Sozialdemokratie für die Durchsetzung der weltweiten Interessen der BRD-Konzerne: *"Eine Unionsregierung braucht an diesen Richtlinien kein Komma zu ändern, weil sie ungeheuer viele Möglichkeiten beinhalten. Deswegen haben wir auch geschwiegen - wir hä ätten das Papier nur loben können"*. (Spiegel, 19/82).

Rheinmetall-Manager poussieren für den Rüstungsexport

Autonome Gruppe Schanzenviertel



REIßT DIE MAUERN EIN...AUCH DIE VON NEUENGAMME!!!

Seit einem Jahr sitzt Eckart Schirrmacher im Jugendknast Neuengamme, erst in U-Haft, dann wurde er Ende letzten Jahres zu drei Jahren verurteilt, und das Urteil wird wohl durch die Revision bestätigt werden. Es soll nach dem letzten Hungerstreik von Gefangenen aus der Guerilla für ihre Zusammlegung
fangenen aus der Guerilla für ihre Zusammenlegung einen Brandsatz in ein SPD-Büro geworfen haben, weil Sigurd Debus an den Folgen der staatlich verordneten ernährung gestorben ist.
Das Schanzenleben berichtete über den Prozeß.
Der Jugendknast Neuengamme gibt sich - relativ- liberal, aber das hat immer dort seine Grenzen, wo jemand anfäng sich zu wehren, dann kommt die Einzelhaft. So erging es nicht nur Ecki sondern auch einigen Gefangenen, die sich in der Sylvesternacht dem pünktlichen Einschluß widersetzten und die mit chemical mace in Beruhigungszellen transportiert wurden.
Dazu kommt aber auch, daß der Kontakt mit der Außenwelt kontrolliert wird, und bei politischen Gefangenen Sondermaßnahmen angeordnet werden. So werden z.B. bei Ecki (und nicht nur da) etwa die Hälfte aller Briefe beschlagnahmt oder zurückgewiesen, weil sie die Bereitschaft Widerstand zu leisten stärken. Viele Besucher erhalten gar keine Genehmigung, die anderen nur mit folgender Zusatzbedingung: An einem Tisch sitzen Gefangener, Besucher, und zwei Beamte des Landeskriminalamtes, die alles mitschreiben. Das bedeutet für Ecki, daß viele seiner Freunde gar nicht in den Knast kommen weil gegen sie andere Prozeße laufen/gelaufen sind, z.B. Amerikahausprozeß, und ansonsten die Besuche unter einer derart kontrollierten Atmosphäre vor sich gehen, daß ein richtiges Gespräch gar nicht möglich ist. Denn jedes falsche Wort kann zu Widerruf der Genehmigung führen und außerdem will wohl niemand alle seine Gedanken Beamten erzählen, die auch einiges über den Gefangenen und den/die Besucher/in wissen.
Diese Maßnahmen sind weder besonderer Sadismus noch Zufall, sondern haben nur das eine Ziel, Widerstandswillen abzubauen. Dies ergibt sich aus der Antwort des hier zuständigen Richters am OLG auf eine Beschwerde von Ecki's Rechtsanwalt: "*...Vielmehr ist in einer Vielzahl von Einzelfällen die besondere Überwachung von Besuchen bestimmter Personen jeweils im Einzelfall von mir angeordnet worden. Dies beruht darauf, daß ihr Mandant nach § 129a StGB verurteilt worden ist und die Besucher, die von diesen Maßnahmen betroffen worden sind (Anm. von mir: das sind alle bis auf die Eltern) eine Haltung zu erkennen gegeben ben - wie u.a. aus der Briefkontrolle die geeignet ist, ihren Mandanten in seinem Zusammengehörigkeitsgefühl mit Personenkreisen, die dem Senat aus anderen Verfahren bekannt sind, zu bestärken.*
Statt Besuchsverbot anzuordnen (Anm. ; Natürlich bekommen viele Leute nach wie vor gar keine Genehmigung), ist deshalb die besondere Überwachung und Kontrolle dieser Besuche angeordnet worden, um diese sofort abbrechen lassen zu können, wenn es zu Beeinflussungen kommen sollte, die ihren Mandanten veranlassen könnten, sich gegen Anstaltspersonal und deren Anordnungen aufzulehnen und so die Ordnung in der Anstalt zu stören.
In dieser Weise Wird auch weiterhin werden..."
Dies spricht wohl für sich. Ecki ist natürlich nicht bereit dies hinzunehmen. Einerseits er mit anderen Gefangenen, die auch Repressionen unterworfen sind (Brokdorf, RAF) gemeinsam Möglichkeiten entwickeln sich zu wehren, und auch mit denen zusammengelegt werden. Andererseits will er mit anderen Gefangenen in Neuengamme, deren Besuche zwar anders laufen, denen aber andere Sachen stinken (z.B. der frühe Einschluß) diskutieren. Schließlich will er sich aber auch konkret jetzt gegen die Besuchsverfügung wehren, und auch deshalb ist er vor 3 Wochen in den Besucherstreik getreten
Er hat dazu folgende Erklärung geschrieben:
" Seit Februar 82 ist gegen mich eine Verfügung verhängt worden, die Besuch für - im Gegensatz zu allen anderen Gefangenen im Jugendknast Neuengamme - nur noch unter bestimmten Bedingungen möglich macht.
Nach dieser Besuchsverfügung findet nur noch Einzelbesuch in gesonderten Räumen statt, der von Schließern oder Bullen überwacht und teilweise protokolliert wird.
Besuch bedeutet im Knast den einzig - menschlichen Kontakt zur Außenwelt, es ist die einzige Möglichkeit, sich direkt an Diskussionsprozessen zu beteiligen.
Seit dem Beginn meiner Inhaftierung wurde die Besuchsmöglichkeit ständig eingeschränkt, durch Besuchsverbote und dergleichen, ebenso wurde mir der briefliche Kontakt durch Briefbeschlagnahmungen und Verzögerungen der Aushändigung bis zu 4 Wochen erschwert.
Das Ziel ist klar und konkretisiert sich durch die neue Besuchsverfügung, ich soll mit allen Mitteln, die sich noch irgendwie mit "Normalvollzug" vereinbaren lassen, von meinen politischen Zusammenhängen abgetrennt werden.

Ich habe mich dazu entschlossen, unter diesen Bedingungen jeden Besuch abzulehnen. Diese Besuchsverfügung ist nichts anderes als eine Sonder- und Repressionsmaßnahme, weil ich mich auch hier weigere, den Widerstand gegen das System zu beenden.
Vom 6. - 21.4.1982 habe ich mich im Dreckstreik befunden, um damit gegen diese geplante Abtrennung von Diskussionsprozessen und meinen Genossen draußen zu protestieren.
Darauf reagierte der Knastleiter,indem er mir mit Verlegung in einen " richtigen " Knast drohte. Die Maske der Liberalität fällt sofort
Es kann auch hier nicht darum gehen, die Mittel, die hier bleiben, zu nutzen, damit das Kalkül nicht aufgeht, mich im Knast begraben zu wollen, mich rauszulösen aus dem Widerstand und gleichzeitig der Öffentlichkeit zu verkaufen: " Beste Haftbedingungen für politische Gefangene."
Von diesen Haftbedingungen werde ich mich nicht bestimmen lassen, weil Knast in jeder Form das unmittelbare und (vor)letzte Mittel ist, um Widerstand zu zerschlagen und abzuschrecken.
Worum es mir konkret geht, ist für mich jetzt eine Situation zu schaffen, unter der wenigstens die minimalen Möglichkeiten für eine Auseinandersetzung mit Leuten draußen gewährleistet sind.
SOFORTIGE ZURÜCKNAHME DER SONDERBESUCHSREGELUNG !!!
KEINE ABLEHNUNG VON BESUCHSANTRÄGEN!!!

Wir draußen müssen uns jetzt überlegen, wie wir Gefangene unterstützen können, zumal es immer mehr von uns werden, siehe Brokdorfurteil. Für Ecki haben wir unsüberlegt, an den eigentlichen Besuchstagen zum Knast zu fahren und mit den Besuchern anderer Gefangener zu diskutieren. Wenn ihr Lust habt, dabei mitzumachen oder andere Ideen habt, meldet euch bei der Redaktion.

ab, wenn man die Realität im Knast nicht einfach akzeptiert und sich dagegen zur Wehr setzt.

PROZEß PROZEß PROZEß

ESO muß mal wieder vor den Kadi, weil sie ihn vor einer Demonstration vorsorglich eingelocht haben. Also Leute geht hin, es sitzt sich schlecht alleine auf den harten Grichtsbänken.

Termin: 22.6.1982, Schleidenstr. 9 - 11 Sitzungsraum 23 um 14.00 Uhr

Kultur spielt sich nicht nur auf den Brettern des Schauspielhauses oder in den Räumen großer Verlage ab. Kultur ist in allen bereichen unserer Gesellschaft vorhanden. Nur sie ist selten an der Oberfläche sichtbar. Es gibt die Kultur der Reichen, die mit Millionen Mark von Steuergeldern subventioniert wird und es gibt unsere Kultur wie sie sich im Stadtteil, in der Fabrik oder im Gefängnis ausdrückt. Diese Kultur drückt nicht irgendeinen Sinn fürs Schöngeistige aus, sondern Freuden, Leiden und Hoffnungen und vorallem Erfahrungen mit dieser Gesellschaft, die Hoffnungdas es einmal anders sein möge.

Der Knast ist der Bereich in unserer Gesellschaft in dem am direktesten versucht wird Menschen zu zerbrechen. Die Menschen wehren sich auf unterschiedliche Art und Weise. Egon Wolfgram hat seine Identität in Gedichten ausgedrückt, die er uns freundlicherweise zur verfügung gestellt hat. In dieser und in den folgenden Nummern des Schanlebens, wollen wir einige davon abdrucken.

Die Redaktion

(ICH TRÄUME)

Ich träume davon daß jemand mich brauchen könnte.
Meine warme Haut, meine Zuneigung, meine zudringliche Zärtlichkeit.
Ich träume davon
daß jemand mich annähme einfach so wie ich bin, mit ungereimten Wünschen, unfertigen Charakter und alten Ängsten.
Ich träume davon
daß mich jemand gelten läßt ohne mich zu erziehen mit mir übereinstimmt ohne sich anzustrengen,
Ich träume davon
daß ich mich nicht verteidigen muß, nicht erklären und nicht kämpfen muß, daß eine mich Liebt......

von Egon Wolffgram

(SICH FÜGEN HEIßT LÜGEN)

aufstehen ergib dich nicht
füg dich nicht erkämpf dir deine
elementarsten Lebensräume
und bedürfnisse
laß dich nicht überrollen
und von der angepaßtheit
apathie und mutlosigkeit
anderer anstecken verlier deine
würde nicht.
hol dir dein leben zurück
hol dir deine rechte
denn keiner hat das gott verdammte recht
dir dein leben zu nehmen
laß es nicht zu, daß du täglich
immer weniger du selbst bist.
verlier dich nicht in tatenlosigkeit
laß dich nicht mitreißen
in diesese gleichgeschaltete
meer der schweigenden durdenden norm.
individuum hol dir dein leben zurück

v. Egon Wolffgram

INITIATIVEN IM SCHANZENVIERTEL

Freies Kinder- und Stadtteilzentrum
Bartelstraße 7
Tel. 439 68 32

BI Schulterblatt (AKW)
c/o Jörg Pyslik
Ottersbeallee 19

Laden Kampstraße
Kampstraße 11
Tel. 43 65 71

Omnibus e.V.
Juliusstraße 16

Kinderglück e.V.
c/o Britta Meyer-Klient
Bartelstraße 33
2 Hamburg 6

Kinderwohnhaus Sternschanze
c/o Axel Reinke
Schanzenstraße 16 - 18
Tel. 43 76 44

Mieterinitiative Schulterblatt
c/o Ilona
Tel. 430 08 88
Treff: Dienstags 20.00 Uhr im Kinderzentrum

DKP Wohngebietsgruppe
c/o Susanne Vormbrock-Martini
Bellealliancestraße 4
2 Hamburg 19
Tel. 436 023

Grüne Schanzenviertel
c/o Holger Lübkert
Amandastraße 81
Tel. 43 45 35

Freie Kunstschule
Eiflerstraße 1

Kulturverein Schanzenviertel
c/o Volkmar Blume
Lindenallee 44
Tel. 439 97 74

Friedensinitiative Schanzenviertel
c/o Hans-Peter Rudl
Vereinsstraße 36
Tel. 43 36 98

Autonome Schanzenviertel
c/o Maria Jarowoy
Tel. 43 52 01

"Gesprächskeis für Frauen im Schanzenviertel"
ein VHS-Stadtteilkurs
Mittwoch 16-18 Uhr im Stadtteilbüro
Margarettenstraße 50
c/o Anette Hecher
Margarettenstraße 56
Tel. 439 78 52

Kinderstube Altona e.V.
Bartelstraße 30 I
2 Hamburg 6

Initiative Kindertagesstättenplätze e.V. büttel
(ehemals KTH Weidenstieg)
c/o Dagmar Bernhard
Agathenstraße 2a
Tel. 410 48 71

Mieterinitiative Schanzenviertel
Büro Margarettenstraße 50
c/o Thomas Breckner
Weidenallee 45
Tel. 43 43 23
Treff: Montags 20.00 Uhr
Beratung: Montags 18.00-20.00 Uhr (Büro)

Kinderhaus Heinrichstraße e.V.
Heinrichstraße 14a
Tel. 43 39 49

Alternative Liste
c/o M. Gerth
2 Hamburg 6
Tel. 439 23 54

Grüne – Alternative Liste (GAL)
Bartelsstraße 30
Tel.439 29 91

Gespräch- und Information für Frauen
c/o Gisela Clausen
Schanzenstraße 1
Tel. 439 75 29

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU)
Bartelstraße 26
Tel. 439 86 71

Frauenkultur - Zentrum im Schanzenviertel
c/o Danny Kruse
Bartelstraße 22
Tel. 439 75 98

Kinderladen Belle e.V.
Bellealliancestraße 47
Tel. 439 46 36

Alleinerziehende Väter und Mütter
jeden 1. und 3. Samstag im Monat von 16.00 - 18.00 Uhr
Margarettenstraße 50
c/o Helga Suppa und Ursula Koch
Tel. 43 26 72